



Ist der Mensch zu schlecht für den Sozialismus?

10 Fragen • 10 Antworten

SAV Sozialistische
Alternative



Eine Broschüre von Sozialistische Alternative (SAV, Deutschland) und
Sozialistische Linkspartei (SLP, Österreich)

Einleitung

„Der Sozialismus ist eine schöne Idee – aber er funktioniert nicht.“

Ein häufiges Argument in Debatten über Alternativen zum Kapitalismus. Spätestens seit Beginn der Wirtschaftskrise 2007/8 ist aber für immer mehr Menschen klar, dass es der Kapitalismus ist, der eben nicht funktioniert und stattdessen Armut, Krieg und Umweltzerstörung bedeutet. Von Griechenland bis in die USA, von der Türkei bis Brasilien, von Indien bis Britannien gibt es Massenbewegungen und mit ihnen auch die Suche nach Alternativen zu diesem System. Die weltweiten Demonstrationen zum Pariser Klimagipfel 2015 fanden unter dem Motto „System Chance, not climate change“ statt und 100.000e demonstrieren gegen kapitalistische Handelsabkommen wie TTIP und CETA. Wie eine Alternative zum Kapitalismus aussehen kann, bleibt oft unkonkret. Aber immer häufiger kommt auch „Sozialismus“ wieder auf. Aber was ist Sozialismus überhaupt? Waren die Staaten in Osteuropa sozialistisch? Sind die Menschen nicht viel zu gierig, dumm und egoistisch, als dass Sozialismus jemals funktionieren könnte? Angesichts der Massenbewegungen und revolutionären Bewegungen, die weltweit stattfinden, sowie der neuen linken Formationen, die entstehen, bekommen diese Fragen eine neue Bedeutung.

Die Fragestellung kommt aus zwei unterschiedlichen Richtungen. Einerseits ist sie seit jeher ein Propagandamittel der Bürgerlichen. Sie versuchen uns zu beweisen, dass der Kapitalismus die einzige mögliche, dem menschlichen Naturrell entsprechende Gesellschaftsordnung sei. Auch in der Vergangenheit haben die Herrschenden – SklavenhalterInnen, Kirchenfürsten, KönigInnen und KaiserInnen – so argumentiert, um ihre Macht zu erhalten. Andererseits werden diese Fragen heute von ArbeiterInnen und Jugendlichen gestellt, die beginnen, sich mit sozialistischen Ideen auseinanderzusetzen.

Die 1980er und insbesondere die 1990er Jahre mit dem Zusammenbruch der stalinistischen Staaten und der Propagandaoffensive des Kapitals („Neue Weltordnung“) haben dem Bewusstsein von ArbeiterInnen und Jugendlichen einen Stempel aufgedrückt. Der Kapitalismus war ideologisch in der Offensive. Viele Menschen waren entmutigt und viele Organisationen und Parteien, die sich an der Sowjetunion orientiert hatten, sind zusammengebrochen. Die meisten traditionellen ArbeiterInnenparteien sind zu Vorreitern des Neoliberalismus geworden, haben ihre aktive Massenbasis unter ArbeiterInnen verloren und sind zu durch und durch kapitalistischen Parteien geworden. Die Gewerkschaftsführungen haben ebenfalls einen unvergleichlichen Rechtsruck durchgemacht und betreiben Co-Management statt Interessensvertretung. Die ArbeiterInnenklasse ist bereits seit mehreren Jahrzehnten politisch entwaffnet und es wurde immer schwerer, Kämpfe gegen die Blockade der Gewerkschaftsführungen durchzusetzen.

4 Zu schlecht für den Sozialismus?

Aber mit der Jahrtausendwende wurde die neoliberale Doktrin immer stärker hinterfragt. Die „Antiglobalisierungsbewegung“ war das erste Aufbäumen, dem seither zahlreiche weitere folgten. Oft werden diese von Jugendlichen getragen, doch auch die ArbeiterInnenklasse wehrt sich gegen die immer aggressiveren Angriffe des Kapitals. Weil die Traditionen der ArbeiterInnenorganisationen unterbrochen sind, fehlt vielen der AktivistInnen nicht nur die Erfahrung, sondern auch das ideologische Rüstzeug. Der Neoliberalismus hatte seine ideologische Entsprechung in der Postmoderne und seiner Darstellung von individuellen Ursachen und damit auch individuellen Lösungen von Problemen.

Doch mit der Wirtschaftskrise wird die Notwendigkeit zum Widerstand immer größer. Seit rund 20 Jahren nehmen Proteste und soziale Bewegungen weltweit zu. Und in vielen Fällen gehen die Proteste von ArbeiterInnen aus – direkt als Arbeitskämpfe oder indirekt als Betroffene von Kürzungen. Die ArbeiterInnenklasse ist potenziell stark und kampffähig, aber Kampftraditionen sind teilweise verloren gegangen und es fehlen einem großen Teil der ArbeiterInnenklasse und der Jugendlichen die eigenen Erfahrungen mit Aktionen der Klasse, sie konnten Solidarität und Kampfbereitschaft nicht in der Praxis miterleben. Auch in dieser fehlenden Erfahrung wurzeln die Fragen nach der Möglichkeit des Sozialismus.

Wir beantworten auf den kommenden Seiten die 10 häufigsten Argumente gegen den Sozialismus und laden Dich dazu ein, mit uns gemeinsam für Sozialismus zu kämpfen. Dass der Kapitalismus nicht funktioniert, beweist er jeden Tag. Er bringt Hunger, Elend, Krieg, Flucht, Seuchen und Tod. Das sind keine Ausnahmen und keine Fehlentwicklungen. Das ist der ganz normale Wahnsinn des Kapitalismus. Wir zeigen auf, dass nicht der Mensch zu schlecht für den Sozialismus, sondern der Kapitalismus zu schlecht für den Menschen ist.

Der vorliegende Text basiert auf Artikeln, Referaten und Texten von Mitgliedern des „Komitees für eine ArbeiterInneninternationale“ (CWI/KAI) aus Deutschland und Österreich sowie von Friedrich Engels, Albert Einstein, Karl Marx, Leo Trotzki und Oscar Wilde.

Wien, April 2017

Frage 1: Zu gierig?

„Der Mensch ist zu gierig und zu korrupt. Menschen werden sich immer, wenn sie die Möglichkeit haben, auf Kosten der Allgemeinheit bereichern.“

Der Mensch kann auf sich alleine gestellt nicht überleben. Er ist ein soziales Wesen. Dabei hat er unterschiedliche Anlagen, Triebe, etc... Er/sie kann sowohl seine/ihre Bedürfnisse auf Kosten anderer durchsetzen als auch solidarisch und hilfe-reich sein. Es kommt auf das gesellschaftliche Umfeld an, welche Eigenschaften gefördert und welche unterdrückt werden. Der Kapitalismus ist eine Klassengesellschaft, die auf Ausbeutung der großen Mehrheit durch eine verschwindend kleine Minderheit basiert, mit dem Zweck der größtmöglichen Profitmaximierung für die Minderheit. Ein Gesellschaftssystem, in dem eine Minderheit über die Mehrheit herrscht, braucht ein ideologisches Gerüst und verschiedene Herrschaftsmechanismen, um die undemokratische Herrschaft im Interesse der Minderheit zu sichern. Das wichtigste Mittel dabei ist, die Mehrheit in verschiedene Gruppen aufzuteilen und gegeneinander auszuspielen. Nach der Maxime "Teile und Herrsche" ist die herrschende Klasse im Kapitalismus bemüht, Interessensgegensätze zwischen Männern und Frauen, alt und jung, In- und AusländerInnen, ArbeiterInnen und Angestellten etc. aufzubauen, damit sich diese die Schuld an der sozialen Misere gegenseitig in die Schuhe schieben und die Minderheit ungestört weiter herrschen kann.

Bei uns wird gepredigt „Nur die Stärksten kommen durch“. Das Konkurrenzdenken und nur auf Druck etwas zu leisten und ja nicht selbständig zu denken, wird uns von Kindesbeinen an eingetrichtert. Die SchülerInnen werden durch das Notensystem zur Konkurrenz gezwungen. In der Familie werden Hierarchien, die es in der Gesellschaft gibt, weitergegeben. Menschen werden über unterschiedliche Entlohnung ihrer Arbeit unterschiedlich bewertet und über die Medien wird uns erzählt, dass nur wer viel hat, etwas wert ist. Dadurch entstehen Neidgefühle, die die ArbeiterInnenklasse spalten. Solidarität wird, wo möglich, verhindert oder sogar bestraft. Das geschieht im Kleinen (z.B. wird das Abschreiben lassen, eigentlich ein Akt der Solidarität, bestraft) wie auch im Großen (z.B. das Verbot von Solidaritätsstreiks).

1949 schrieb Albert Einstein in „Warum Sozialismus“ zu dieser Frage:

„Unbegrenzte Konkurrenz führt zu einer großen Verschwendung von Arbeit und zu der Verkrüppelung des sozialen Bewusstseins der Individuen, die ich vorher angesprochen hatte. Diese Verkrüppelung des Individuums halte ich für das größte Übel des Kapitalismus.“

Unser ganzes Erziehungssystem leidet unter diesem Übel. Dem Studenten wird ein übertriebenes Konkurrenzdenken eingebleut, der darauf trainiert wird, Gewinnsucht und Erfolg als eine Vorbereitung für seine zukünftige Karriere zu verehren. Ich bin überzeugt, daß es nur einen Weg gibt, diese schwerwiegenden Übel zu überwinden, nämlich

6 Zu schlecht für den Sozialismus?

durch die Errichtung einer sozialistischen Wirtschaft, begleitet von einem Erziehungssystem, das auf soziale Ziele orientiert wäre. In einer solchen Wirtschaft werden die Produktionsmittel von der Gesellschaft selbst besessen und in einer geplanten Weise eingesetzt.

Eine geplante Wirtschaft, die die Produktion den Bedürfnissen der Gemeinschaft anpaßt, würde die zu erledigende Arbeit auf alle verteilen, die in der Lage sind zu arbeiten, und würde jedem Mann, jeder Frau und jedem Kind den Lebensunterhalt garantieren. Die Erziehung jedes Individuums würde über die Förderung seiner angeborenen Fähigkeiten hinausgehend versuchen, in ihm statt einer Glorifizierung von Macht und Erfolg in unserer jetzigen Gesellschaft ein Verantwortlichkeitsgefühl für seinen Mitmenschen zu entwickeln.“

Das heutige Wirtschaftssystem braucht Leute mit Konkurrenzdenken. Die Produktion im Kapitalismus basiert auf der Konkurrenz zwischen den Unternehmen. Auf dem Weltmarkt gibt es einen harten Kampf um Marktanteile, der sich während einer Wirtschaftskrise noch verschärft. Diese Produktionsweise braucht Menschen, die „ihr Land“, „ihren Betrieb“ gegen andere vertreten. „Jeder gegen jeden“ ist das Motto. Die durch das wirtschaftliche System geschaffene Wirklichkeit spiegelt sich in den Köpfen der Menschen wider, wirkt sich im Verhalten in der Arbeit und in privaten Beziehungen aus.

Ist es da ein Wunder, dass es in unserer Gesellschaft so viele Menschen gibt, die Probleme im Umgang mit anderen haben bzw. sich „daneben benehmen“? Oder ist es nicht eher verwunderlich, dass trotzdem die Menschen in vielen Bereichen sozial handeln: z.B. arbeiten Millionen unbezahlt in verschiedensten Vereinen, bei der Freiwilligen Feuerwehr, trennen Millionen ihren Müll, spenden Unsummen für diverse Hilfsaktionen... In der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung gibt es eine Vielzahl von Beispielen für das kollektive Agieren und die Solidarität der Klasse. Sei es im Kleinen, wenn KollegInnen untereinander sammeln, um einem/r in Not geratenen KollegIn zu helfen, oder sei es im Großen, wenn die Belegschaft eines Betriebes oder einer Branche gemeinsam, also kollektiv, demonstriert oder streikt. Politisch aktiv zu sein und gewerkschaftliche Arbeit sind in der Regel unbezahlt (im Gegensatz zu den hochbezahlten etablierten PolitikerInnen), trotzdem gibt es unzählige, die als BetriebsrätInnen, in Umweltschutz- oder Menschenrechtsgruppen arbeiten oder auch jene, die wie wir in einer sozialistischen Partei arbeiten. Die Überlegung, sie würden dies wegen „Macht“ und „Prestige“ machen, ist absurd: Viele BetriebsrätInnen sehen sich existenzbedrohenden Angriffen von Unternehmensseite gegenüber, politische Arbeit ist vor allem mühsame Kleinarbeit. Viele Jugendliche wollen als „EntwicklungshelferIn“ für niedrige Löhne arbeiten, um zu helfen. In der großen Solidaritätswelle mit Flüchtlingen 2015 haben in Deutschland rund 10% der Bevölkerung aktiv geholfen und noch weit mehr gespendet. Tage-, oft wochen- oder sogar monatelang haben Menschen Nahrungsmittel, Kleidung, Deutschkurse oder Betreuung organisiert. Unter Einsatz ihres Lebens waren ArbeiterInnen im Widerstand gegen den Faschismus aktiv, haben für die „Rote Hilfe“ gespendet und mitgeholfen.

Obwohl es sie „nichts angeht“, haben die HafendarbeiterInnen in Australien in den 60er Jahren gegen die Militärdiktatur in Indonesien und für ihre KollegInnen in Timor gestreikt.

Luxus oder Existenzminimum?

Für die überwiegende Mehrheit der Menschen bleiben Wünsche nach Luxus unerreichbar. In der ganzen Welt und auch in Europa gibt es immer mehr Arme, Erwerbs- und Wohnungslose. Für sie geht es um ein halbwegs menschenwürdiges Überleben, nicht ums gierige Horten von immer mehr. Und auch jene, die einen Arbeitsplatz haben, leben keineswegs im Luxus, sondern sind meist froh, wenn sie für sich und ihre Familien das Nötigste bezahlen können. Die Schere zwischen unteren und oberen Einkommen klafft immer weiter auseinander, eine kleine Schicht bereichert sich auf Kosten der Allgemeinheit. Für ihren Luxus wird unsere Gesundheit und Umwelt geopfert, denn es wird für ihre Profite und nicht für unsere Bedürfnisse produziert. In einer sozialistischen Demokratie werden die Entscheidungen nicht mehr von einer Minderheit gefällt. Die Allgemeinheit entscheidet, ob ArbeiterInnen mit giftigen Substanzen arbeiten müssen oder ob teurere, aber gesündere Alternativen eingesetzt werden. Die Allgemeinheit entscheidet, ob giftige Chemikalien ins Wasser geschüttet werden oder ob geklärt wird. Die Allgemeinheit entscheidet, ob Rindern Tiermehl gefüttert wird oder gesundes Futter. KeineR kann seinen/ihren Egoismus bis zum Exzess auf Kosten anderer befriedigen.

Denn wir behaupten auch nicht, dass der Mensch an sich „selbstlos“ wäre. Es gibt einen Überlebensinstinkt, der dazu führt, dass Menschen versuchen, das, was sie brauchen, zu bekommen. Wir müssen im Kapitalismus ständig damit rechnen, das zu verlieren, was wir haben. Wir haben im Regelfall zu wenig Geld, um all die Güter, die wir bräuchten, auch zu kaufen. Dass gleichzeitig im Kapitalismus genug Ressourcen vorhanden sind, um alle Menschen auf diesem Planeten mit einem menschenwürdigen Leben, also ausreichend Nahrungsmittel, sozialer Absicherung, Wohnung und Kultur zu versorgen, zeigt die Perversion des Systems. Der Versuch, sich einen Vorteil zu verschaffen entsteht, wo Mangel herrscht. Mangel müsste aber nicht herrschen, weil die Produktivkräfte, also quasi die technischen Möglichkeiten, heute weit genug entwickelt sind, um alle Menschen mit dem Notwendigsten und darüber hinaus zu versorgen. Aber der Kapitalismus schafft künstliche Mängel. Die erste Gratis-Fahrradaktion in Wien ist ein Beispiel für das Versagen des Kapitalismus und nicht dafür, dass die Menschen zu schlecht wären. Die Gemeinde Wien startete 2001 das Projekt Gratisfahrräder mit Pfandsystem. 1.500 Räder waren an 210 Stellen in Wien geparkt und konnten jederzeit gegen ein Pfand von zwei Euro entliehen werden. Nach wenigen Wochen wurde das Projekt abgebrochen, weil die Fahrräder entweder kaputt bzw. zu großen Teilen verschwunden waren. Ein Beispiel dafür, dass der Mensch doch gierig ist? Nein, denn Fahrräder sind einfach zu teuer! Selbst im Kapitalismus wäre es überhaupt kein Problem, alle Menschen mit kostenlosen

8 Zu schlecht für den Sozialismus?

Fahrrädern zu versorgen. Dann gäbe es keine Notwendigkeit, Fahrräder zu stehen oder zu horten. Die Produktionsmöglichkeiten sind gegeben, das Geld auch – Fahrräder statt Abfangjäger! Nur wollen das die KapitalistInnen nicht, da sie ja dann keine mehr verkaufen würden. Es wäre absurd, seine Wohnung mit sieben Fahrrädern zu verstellen, wenn jederzeit eines kostenlos zur Verfügung stehen würde. Die Qualität der Gratiszeitungen kann man durchaus hinterfragen, doch kaum jemand hortet diese. Die meisten nehmen sich ein Exemplar, viele geben es am Ende der Fahrt sogar wieder zurück. Wer kommt in Europa auf die Idee, sich aus einem Lokal oder von einem Hydranten Wasser mit nach Hause zu nehmen – niemand, denn Wasser ist bei uns keine Mangelware! Im Kapitalismus können die nettesten Menschen zu Bestien werden, weil Existenzängste und Mangel die Menschen zu unsozialem Verhalten zwingen.

George Orwell, der aktiver Sozialist war, schrieb dazu 1944:

“Der Machthunger der Menschen stellt in der Tat ein ernstes Problem dar, aber es besteht kein Grund zu glauben, dass die Gier nach mehr Reichtum ein permanentes, menschliches Merkmal ist, Wir sind wirtschaftlich egoistisch, weil wir alle in Schrecken vor der Armut leben. Aber wenn eine Ware nicht knapp ist, versucht niemand, sich mehr anzueignen, als ihm zusteht. Niemand versucht zum Beispiel, die Luft aufzukaufen. Der Millionär, wie der Bettler begnügen sich beide mit genauso viel Luft, wie sie einatmen können. Dasselbe mit Wasser. In diesem Land sind wir nicht von Wassermangel geplagt...Die Folge davon ist, dass Wasser kaum in unser Bewusstsein dringt. Aber was für Eifersüchteleien, was für Hassgefühle, was für entsetzliche Verbrechen doch der Mangel an Wasser in verdorrten Ländern wie Nordafrika verursachen kann! Dasselbe gilt auch für jede andere Art von Gütern. Wenn man es so einrichten könnte, dass es sie im Überfluss gäbe, was man sehr leicht tun könnte, besteht kein Grund zu Annahme, dass die angeblichen habgierigen Instinkte der Menschen nicht in ein paar Generationen wegezogen werden könnten.”

Die Lösung ist nicht, die Menschen für ihr Verhalten zu tadeln, ihnen Moralpredigten zu halten oder, wie es die Kirche tut, mit Verdammnis zu drohen. Es geht darum, den Mangel zu beseitigen. Der Sozialismus ist notwendig und er ist gerechter als das heutige System. Er ist ökonomisch effektiver, weil er in der Lage ist, Überschuss zu produzieren und den Mangel zu beseitigen, während der Kapitalismus unfähig ist, die menschliche Gesellschaft weiter zu entwickeln. Im Kapitalismus herrscht eine Minderheit über eine Mehrheit. Es gibt unterschiedliche Interessen und die Minderheit spaltet die Mehrheit, um an der Macht zu bleiben. Im Sozialismus hingegen gibt es in den wesentlichen Fragen keine widersprüchlichen Interessen. Ein besseres eigenes Leben ist gleichbedeutend mit einem besseren Leben der anderen und umgekehrt. In der sozialistischen Gesellschaft ist der Gegensatz der Interessen beseitigt. JedeR entwickelt seine/ihre Fähigkeiten, um sich selbst zu nutzen und nützt damit dem Gemeinwesen. Heute sind Befriedigung des persönlichen Egoismus und Gemeinwohl meist Gegensätze, die sich ausschließen. In der neuen

Gesellschaft sind diese Gegensätze aufgehoben. Befriedigung des persönlichen Egoismus und Förderung des Gemeinwohls stehen miteinander in Harmonie, sie decken sich.

Sozialismus ist nicht dazu da, alle Menschen erzieherisch zu bessern, sondern um die Lebensbedingungen für alle zu verbessern. Die Voraussetzung für den Sozialismus sind nicht "gute Menschen", sondern umgekehrt: Der Sozialismus schafft die ökonomischen und sozialen Grundlagen, um Menschen solidarischere Wesen sein zu lassen.

Frage 2: Zu faul?

„Der Mensch ist zu faul. Wenn es keine Anreize mehr gibt, wird niemand mehr arbeiten. Im Sozialismus würde niemand mehr die Drecksarbeit machen wollen. Die bleibt dann entweder liegen, oder es muss Zwang eingesetzt werden.“

Welchen “Anreiz” gibt es im Kapitalismus, zu arbeiten? Der Kampf ums Überleben! Den Großteil dessen, was wir als Lohn erhalten, müssen wir für Miete, Lebensmittel, Kleidung, für unsere Kinder aufwenden und wenn wir Glück haben, reicht es gerade für Auto und Urlaub. Angenehm und motivierend ist die Arbeit im Kapitalismus selten – der einzige Anreiz ist also unser starker Überlebenswille.

“Egoismus” in Form des Selbsterhaltungstriebes und dem Wunsch nach einem besseren Leben ist zutiefst menschlich – und ist letztlich sogar ein wichtiges Element dafür, dass sich Solidarität entwickelt. Sie entsteht aus der Einsicht, dass man alleine nichts erreichen kann, um seine eigenen Lebensbedingungen zu verbessern. Das war der Grund für die Bildung der ersten Konsumvereine, wo ArbeiterInnen gemeinsam zu günstigeren Preisen eingekauft haben. Diese Einsicht war und ist einer der Gründe für die Entstehung von Gewerkschaften: die ArbeiterInnenklasse erkennt, dass sie nur gemeinsam höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen erreichen kann. Die Massenaufstände des arabischen Frühlings gegen die katastrophale soziale Situation von Jugendlichen und gegen die diktatorischen Regimes, die in wenigen Wochen mehrere Präsidenten stürzten, zeigen, dass Selbsterhaltungstrieb und Solidarität kein Widerspruch sind. Generalstreiks mit Millionen TeilnehmerInnen in Indien, internationale Demonstrationen gegen Trump, für Frauenrechte und für einen „System Change“ sind nur einige der unzähligen Beispiele dafür, dass Menschen bereit sind, aktiv zu werden und für ihre Interessen zu kämpfen – und dass sie das gemeinsam tun.

Die Aussage “Wer nicht arbeiten muss, wird auch nicht arbeiten” stammt aus der kapitalistischen Perspektive. Sie geht von Menschen aus, die in kapitalistischen Verhältnissen aufgewachsen sind und die Eigenschaften besitzen, die vom Kapitalismus geprägt sind. Lebensbedingungen, gesellschaftliches Umfeld und Erziehung (nicht nur jene der Eltern, auch Schule, Medien etc.) prägen einen Menschen. Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewusstsein, wie Karl Marx feststellte. Das Verhalten und die Denkweise von Menschen sind bestimmt durch die sozialen Verhältnisse und diese sind durch die Produktionsverhältnisse bestimmt. Kinder sind neugierig, sie wollen alles untersuchen und entdecken. Sie wollen “etwas machen”, produktiv tätig sein. Erst wenn ihnen x-mal (verbal oder tatsächlich) auf die Finger geklopft wird, ihnen gesagt wird, “sei nicht so neugierig” oder “sitz still”, werden ihnen diese Verhaltensweisen regelrecht ausgetrieben. Kreativität, Musikalität, logisches Denken, Sprachgefühl etc. kann Kindern ebenso an- wie ab-erzogen werden.

Die Behauptung, dass Arbeitslose nicht arbeiten wollen, ist falsch. Die meisten suchen verzweifelt einen Job und zwar nicht nur, weil sie das Geld brauchen, sondern auch, weil „etwas tun“, „etwas schaffen“ Menschen befriedigt. Viele Menschen, die keinen bezahlten Job haben, versuchen in dieser Zeit andere, sinnvolle Dinge zu tun. Allerdings ist es richtig, dass die Arbeiten, die es im Kapitalismus gibt und die Arbeitsbedingungen dazu führen, dass Menschen sie lieber nicht verrichten. Sie sind oft gesundheitsschädlich, stressig und unangenehm. Im Sozialismus würde die Arbeitszeit drastisch reduziert werden – denn es würden nur notwendige Dinge produziert werden und diese mit den besten technischen Mitteln. „Geplante Obsoleszenz“ – also dass Produkte extra so erzeugt werden, dass sie rasch kaputt gehen – wird abgeschafft. Automatisierung von Arbeiten wird zum Wohl der Menschen und nicht zur Vernichtung von Existenzen eingesetzt.

Wie gerne jemand arbeitet, hängt stark davon ab, ob es sich um nützliche, erfüllende und gesellschaftlich anerkannte Arbeit handelt. Auch heute schon, unter kapitalistischen Bedingungen arbeiten unzählige Menschen unzählige Stunden freiwillig im Rettungswesen, bei der Feuerwehr und im Katastrophenschutz, bei der Altenbetreuung und bei Lernhilfe. Die Perversion des Kapitalismus geht so weit, dass diese unbezahlte ehrenamtliche Arbeit missbraucht wird, um im Sozialsystem zu kürzen und den KapitalistInnen noch mehr Profite zu ermöglichen. An der Tatsache, dass Menschen aber auch ohne Zwang bereit sind, zu arbeiten, ändert das nichts.

Plan statt Chaos!

Im Kapitalismus fragt niemand, was die Bevölkerung braucht oder nicht, es wird nur Profitbringendes produziert. Diese Tatsache führt zu einem unerhörten Chaos und ist ineffizient: Millionen sind arbeitslos, anstatt die Häuser zu bauen, die wir brauchen. Lebensmittel werden vernichtet, obwohl Millionen hungern. Eine sozialistische Wirtschaft hat andere Aufgaben. Die Bedürfnisse der Menschen stehen im Mittelpunkt. Eine demokratische Planwirtschaft wird von der Masse der arbeitenden Bevölkerung selbst organisiert. Die arbeitenden Menschen sind gleichzeitig ProduzentInnen und KonsumentInnen. Sie kennen daher die Bedürfnisse auf beiden Seiten des Produktionsprozesses am besten. Produziert wird nach einem demokratisch erstellten Rahmenplan. Die ArbeiterInnen erörtern gemeinsam, wie man die nötige Menge eines Produkts im Einklang mit der Umwelt herstellt. Jede Verbesserung in der Produktionsweise hilft der gesamten ArbeiterInnenschaft. Denn, je schneller man produzieren kann, umso weniger Arbeitszeit ist dafür notwendig. So würde sich die Wochenarbeitszeit schnell auf 20 Wochenstunden oder wahrscheinlich noch weit weniger reduzieren lassen. Heute gibt es auf der einen Seite Millionen Menschen, die unter- oder unbeschäftigt sind. Auf der anderen Seite quälen sich Millionen mit Überarbeitung. Man stelle sich vor, welche Arbeitszeitverkürzung möglich wäre, wenn alle einge-

12 Zu schlecht für den Sozialismus?

stellt würden, wenn die vorhandene Arbeit auf alle aufgeteilt würde! Bereits 1981 veröffentlichte die österreichische Akademie der Wissenschaften eine Studie, nach der die rasche Einführung der 35-Stundenwoche Beschäftigungseinbrüche durch Einführung neuer Technologien verhindern könne. Die 35-Stundenwoche wurde zwar nicht eingeführt, aber dafür stieg die Arbeitslosigkeit seither stark an. Die KapitalistInnen haben kein Interesse an einer Vollbeschäftigung, weil diese aus ihren Profiten finanziert werden würde und weil dann am Arbeitsmarkt keine Konkurrenz herrschen würde. UnternehmerInnen könnten weniger Druck auf die ArbeiterInnen ausüben und dadurch weniger Profite machen.

Eine demokratische Planung der Wirtschaft verhindert Über- und Unterproduktion. Sie stellt die Befriedigung der Bedürfnisse sicher. Selbst im Kapitalismus wird geplant – allerdings nur innerhalb der Unternehmen, zwischen ihnen herrscht ineffizientes Chaos. Es werden Marktforschungen durchgeführt, große Konzerne sind straff organisiert und neue Managementmethoden versuchen, die Kreativität der MitarbeiterInnen durch Prämien und Seminare zu nutzen. Das alles geschieht nur, um den Profit zu steigern. Verbesserungsvorschläge werden nur berücksichtigt, wenn sie diesem Zweck dienen. Effizienzsteigerung führt im Kapitalismus zu Arbeitslosigkeit statt zu mehr Freizeit und mehr Wohlstand für alle – das ist pervers! Würden aber die technischen Möglichkeiten, die es heute auch durch das Internet gibt, zum Wohle aller und z.B. auch für eine sinnvolle und gemeinsame Planung der Produktion genutzt werden, wieviel Leerläufe und Über- bzw. Unterproduktionen könnten quasi per Mausclick verhindert werden!

In einer demokratischen Planwirtschaft werden die Fähigkeiten zum sozialen Handeln in den Mittelpunkt gestellt. Die Arbeitsmotivation ist eine grundsätzlich andere als im Kapitalismus. Ein Punkt z.B. ist, dass Fleiß mit einer kürzeren Arbeitszeit bei vollem Lohn belohnt wird. Die eigenen Ideen werden in der Produktion Einzug halten. Man produziert für sich und die KollegInnen und nicht mehr für KapitalistInnen, die sich den Gewinn einstecken.

Im Kommunistischen Manifest schrieben Marx und Engels 1848 dazu: “An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.”

Technische Neuerungen werden nicht gegen, sondern für die ArbeiterInnen eingesetzt werden. Bildung wird nicht auf eine Elite reduziert; alle können und sollen lernen. Wenn der Mensch nicht mehr auf eine messbare Leistung reduziert wird, sondern in seiner Verschiedenheit akzeptiert und auch wertgeschätzt wird, dann gibt es auch nicht mehr die Diskriminierung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. In der kapitalistischen Wirtschaft ist ihre „Leistung“ ungenügend, obwohl sie sich nicht weniger bemühen und anstrengen als andere. Doch in einer sozialistischen Gesellschaft kann wirklich jedeR nach seinen/ihren Fähigkeiten teilhaben und jedeR nach seinen/ihren Bedürfnissen konsumieren.

Je weiter die Entwicklung fortschreitet, desto weniger wird man Geld als Ansporn verwenden müssen. Wenn Arbeit Spaß macht, dann macht man sie auch

gerne und gewissenhaft. Man hat mehr Freizeit, die man mit Familie und FreundInnen verbringen kann, in der man neue Dinge (kennen)lernen und ausprobieren kann. Arbeit kann schöpferischer und kreativer werden und selbst die Trennung zwischen Arbeit, Freizeit und Kunst kann so längerfristig aufgehoben werden.

Die „Nichtstuer“ im Kapitalismus sind nicht jene Erwerbslosen, die als „Sozialtschmarotzer“ beschimpft werden, obwohl sie oftmals verzweifelt nach Arbeit suchen. Es sind die GroßkapitalistInnen und GroßaktionärInnen, die sich an unserer Arbeit bereichern und auf unsere Kosten leben.

Und was ist mit den Arbeiten, die keineR machen will? Die Antwort ist einfach: Wir werden sie abschaffen! Sinnlose, erniedrigende „Dienstleistungen“, kraftraubende, gesundheitsschädliche, monotone Fließbandarbeit aller Art wird, so sie nicht notwendig ist, abgeschafft. In einer Gesellschaft von Gleichen braucht es keine „Dienstmädchen“ und keine Kinderarbeit in der „3. Welt“. Die klassische Hausarbeit – Putzen, Kochen, Wäschewaschen, Kindererziehung – werden aus der Familie ausgegliedert und gemeinschaftlich übernommen (und auch das Zusammenleben der Menschen und die Arten von „Familie“ werden sich ändern). Im Roten Wien der 20er Jahre, das keineswegs den Kapitalismus abgeschafft hatte, gab es z.B. Gemeinschaftsküchen. Auch in der jungen Sowjetunion war eine Maßnahme zur Frauenbefreiung die Auslagerung des Kochens an Kantinen.

Billige oder später auch kostenlose Kantinen können in allen Stadtteilen eingerichtet werden, dasselbe gilt für Großwäschereien. Solche Wäschereien könnte man über automatisierte Transporteinrichtungen für die Wäsche mit den Wohnhäusern verbinden. Dazu kommt noch, dass viele körperliche Arbeiten auch heute schon weitgehend von Maschinen übernommen werden könnten. Technologisch wäre auch jetzt schon vieles möglich. Die KapitalistInnen reden gerne von „Innovation“ und „Industrie 4.0“ ist ein aktuelles Schlagwort. Die Technologie wird aber nur soweit entwickelt, wie sie Profite bringt. Sie wird nicht zur Erleichterung der Arbeit der Menschen verwendet und nicht für die Erfüllung unserer Bedürfnisse eingesetzt. Technologie und daraus entstandene Profite, die jetzt nur KapitalistInnen zugute kommen, können wir in einer sozialistischen Gesellschaft dafür einsetzen, allen das Leben zu erleichtern und insbesondere Frauen von unentgeltlicher Arbeit zu befreien. Kochen und Hausarbeit hören dann auf, Verpflichtung und Zwang für v.a. Frauen zu sein. Tätigkeiten in Küche, Haus und Garten verrichtet nur, wer Lust dazu hat, sie werden zu echten Hobbies. Wieso soll es nur wenige öffentliche selbstreinigende Toiletten geben? Das könnte auch in jede Wohnung eingebaut werden. Oder professionelles Fensterputzen auch für Wohnhäuser. Putzroboter und Automatisierung zum Wohle aller könnten stark weiterentwickelt und ausgebaut werden. Heute geschieht das aber nicht, weil es im Kapitalismus in manchen Bereichen einfach billiger ist, menschliche statt maschinelle Arbeitskraft einzusetzen. Ganztägige Kinderbetreuung durch ausreichende und qualifizierte BetreuerInnen würde es Eltern ermöglichen,

14 Zu schlecht für den Sozialismus?

zu arbeiten, sich aktiv in die Verwaltung der Gesellschaft einzubringen und Kinder in die Welt zu setzen.

Die wenigen Arbeiten, die dann immer noch übrig bleiben werden von allen gemacht werden. Wer wann drankommt wird von der Gesellschaft organisiert – das Schlimme an diesen Tätigkeiten ist nicht, sie einmal bzw. für beschränkte Zeit zu verrichten, sondern sie dauernd und zum Wohl jener verrichten zu müssen, die sich von diesen Tätigkeiten befreien können.

Frage 3: Von Natur aus gewalttätig?

„Der Mensch ist von Natur aus gewalttätig. Es hat immer Gewalt und Kriege gegeben und so wird es auch in Zukunft sein.“

Die Geschichte der Menschheit ist von Kriegen durchzogen – und es gibt sie immer noch. Seit es Klassengesellschaften gibt, hat eine kleine Schicht von Herrschenden von diesen Kriegen profitiert bzw. sie zur Machterhaltung und -ausdehnung genützt. Kriege sind um Machtinteressen, Rohstoffe und Marktanteile geführt worden. Nicht das unveränderliche “Böse im Menschen” hat Nazi-Deutschland in den 2. Weltkrieg getrieben, sondern die Profitinteressen von Krupp, Thyssen und IG Farben. In Lateinamerika finanziert(e) die USA Diktaturen und BürgerInnenkriege, um die Interessen von Firmen wie der United Fruit Company und ITT zu sichern. Im Nahen Osten unterstützten die USA ursprünglich den Irak im Krieg gegen den Iran, dann die Taliban-Vorläufer gegen die sowjetische Armee, dann die Militärdiktatur in Pakistan gegen die Taliban. Diktaturen in der Region werden unterstützt oder auch bekämpft, je nachdem, was gerade wirtschaftlich und geopolitisch ins Kalkül passt. All das tun die USA, um den Einfluss in der Region und den Zugriff auf billiges Öl zu sichern. Andere imperialistische Staaten wie Russland, Frankreich, Britannien, Deutschland, aber auch China machen es nicht anders. Auch das kleine Österreich setzt seine Interessen mit militärischer Unterstützung z.B. am Balkan durch. Bezahlen müssen dafür Milliarden Menschen auf dieser Welt. Der Rüstungswettlauf zwischen Indien und Pakistan ist eine der Ursachen für die Kürzungen im indischen Sozialsystem. Auf der ganzen Welt werden Kinder verkrüppelt, die auf Tretminen steigen – ein Waffensystem, das fast ausschließlich zur Bekämpfung der Zivilbevölkerung eingesetzt wird. Unsummen von Geld fließen jedes Jahr in die militärische Forschung. Es wird an immer gefährlicheren biologischen Waffen gebastelt, anstatt endlich einen Impfstoff gegen Aids zu entwickeln.

Kriege sind aber keineswegs ein Zeichen für einen rückständigen Kapitalismus und daher nur in bzw. zwischen wirtschaftlich unterentwickelten Ländern zu finden. Kein Land war an mehr Kriegen und Militäraktionen beteiligt, als die USA. Die Anzahl bewaffneter Konflikte nahm in den letzten Jahrzehnten sogar zu.

Je knapper Ressourcen werden, je schwerer es wird, Profite zu machen, desto härter wird der Kampf um Einflussgebiete und Absatzmärkte. Dies spielt sich zwischen einzelnen Staaten sowie zwischen den Wirtschaftsblöcken ab und kann durchaus militärische Formen annehmen, wenn auch oft in Form von Stellvertreterkriegen. Nach der großen Friedensbewegung der 1980er Jahre und durch den Zusammenbruch der stalinistischen Staaten 1989–91 ist es für den Imperialismus notwendig geworden, neue Feinde zu finden, um für die Aufrüstung argumentieren zu können. Tatsächlich ist es aber nicht der „islamische Fundamentalismus“, der eine Bedrohung für das kapitalistische Gesellschaftssystem

16 Zu schlecht für den Sozialismus?

darstellt. Selbst was die Zunahme des Terrors angeht, so gab es Zeiten mit mehr Toten durch Terror und sind die meisten Opfer keineswegs in den entwickelten kapitalistischen Ländern, sondern im Nahen und Mittleren Osten und meist selbst Moslems/Muslima. Aber der „Krieg gegen den Terror“ wird als Vorwand für den Abbau demokratischer Rechte (absurderweise unter dem Vorwand „unsere Werte zu schützen“) und für Aufrüstung benützt. Denn im Zuge der strukturellen Krise, in der sich der Kapitalismus nun schon seit längerem befindet, wird die Konkurrenz zwischen den Unternehmen und den mit ihnen verbundenen Staaten um Rohstoffquellen und Absatzmärkte immer härter. Den Handelskriegen können echte Kriege folgen: in Afrika, Asien, aber aktuell v.a. im pazifischen Raum.

Die wirkliche Aufgabe von Armeen ist die Sicherung der Herrschaft des Kapitals – und zwar sowohl gegenüber dem Kapital anderer Staaten als auch gegenüber der eigenen ArbeiterInnenklasse, die in vielen Ländern gegen die immer härteren Kürzungen protestiert.

Der einzelne Mensch hat ein grundlegendes Interesse nach Ruhe und Frieden. Millionen Menschen fliehen aus den Kriegsgebieten, lassen oft alles, was sie besitzen hinter sich, nur um dem Krieg zu entkommen. Niemand geht freiwillig in ein Kriegsgebiet. Trotzdem sind, seitdem es Klassengesellschaften gibt, immer wieder Millionen in den Krieg geschickt worden. Die Alltäglichkeit des Mordens verändert das Denken vieler Menschen. Der Krieg in Bosnien hat viele Soldaten zu Killern gemacht, für die das Töten und Verstümmeln Selbstzweck und Lebensinhalt ist. In Afrika werden schon Kinder zu SoldatInnen ausgebildet, sie lernen nichts anderes kennen als den Krieg. In Tschetschenien, Afghanistan, dem Irak, Syrien und vielen anderen Ländern wächst eine ganze Generation im Krieg auf. Es ist absolut verständlich, wenn Menschen aus diesen Gebieten fliehen um sich und ihre Familie in Sicherheit zu bringen.

Friedrich Engels hat über die “Rolle der Gewalt in der Geschichte” nachgewiesen, dass nicht die Gewalt das “geschichtlich Fundamentale”, sondern “die Gewalt nur das Mittel, der ökonomische Vorteil dagegen der Zweck ist”. Kriege waren und sind keine ziellosen Auseinandersetzungen, die wie Naturgewalten aus den inneren Trieben der Menschen herausbrechen. Im Gegenteil: In der Menschheitsgeschichte hat es Entwicklungen gegeben, Regeln für das Zusammenleben wurden erstellt, es entstand ein “zivilisierter” Umgang miteinander, Schwächere werden, teilweise gesetzlich, geschützt. Auch unsere heutige Rechtsordnung greift z.B. mit dem “römischen Recht” auf diese lange Tradition zurück. Kriege bilden den Gegenpol zu dieser “zivilisierten” Entwicklung, die alle Klassengesellschaften kennzeichnete. Sie stellen systematisch durchdachte Versuche der jeweils herrschenden Klasse dar, die vorhandenen Ressourcen zu ihren Gunsten neu zu verteilen, bzw. Konkurrenz um Macht und Einfluss auszuschalten. Die Kriegspropaganda der Herrschenden pflanzte dabei stets von Neuem längst überholte Vorurteile und Feindbilder in die Köpfe. Eine entscheidende Voraussetzung für die erfolgreiche Mobilisierung dieser “niedrigen Instinkte” war das Vorhandensein von materieller Not.

Durch Wirtschaftskrisen kommt es zur Verrohung des Menschen, zur Zerstörung zwischenmenschlicher Beziehungen. Gewalt in der Familie, sexuelle Übergriffe gegen Kinder und Frauen, Gewalt an den Schulen oder „unsichere“ Viertel und Gegenden wie Bahnhöfe in den entwickelten kapitalistischen Ländern und das Aufbrechen von „ethnischen“ und „religiösen“ Konflikten in den neokolonialen Staaten bzw. von Rassismus in den entwickelten kapitalistischen Staaten sind letztlich Ausdruck der Krise, in der sich die kapitalistische Gesellschaft befindet. In Südafrika leugnet der Ex-Präsident den Zusammenhang von HIV und Aids, es fehlt an Mitteln für Medikamente und Schutzmaßnahmen. Rund 20 % der Bevölkerung sind HIV positiv. Als Folge der fehlenden Politik kommt es immer häufiger zu Vergewaltigungen an sehr jungen Mädchen – weil es den Mythos gibt, dass Sex mit einer Jungfrau vor Aids schützen würde.

Berichte über TerroristInnen oder GewalttäterInnen haben oft eines gemeinsam: es sind Berichte über Menschen, die keinen Job und keine Perspektive haben. Terroristische Gruppen wie der IS rekrutieren häufig mit dem Verweis auf tatsächlich existierendes Unrecht: Rassismus gegen Muslime/Muslimas, imperialistische Kriege wie im Irak oder Syrien usw.. IS&Co bieten dann scheinbar eine Möglichkeit, gegen dieses Unrecht zu kämpfen, in der Praxis helfen sie aber niemandem, sondern machen die Situation nur viel schlimmer. Die Krise des Kapitalismus drängt immer mehr Menschen ins Abseits, aus dem sie sich dann mittels zunehmender Gewalt gegen andere zu befreien versuchen. Das ist selbstverständlich keine Entschuldigung für ihre Taten, aber eine Erklärung, die auch einen Ansatz zur Lösung beinhaltet. Es ist an uns als SozialistInnen, echte Möglichkeiten für Widerstand gegen Imperialismus und Diskriminierung anzubieten. Wir werden den Terrorismus nicht über Nacht stoppen, aber je stärker die sozialistische Bewegung wird, desto schwächer wird der Terrorismus werden. In einer sozialistischen Gesellschaft muss niemand ohne Job und Hoffnung bleiben und bekommt jede/r die Hilfe, die er/sie braucht. Ein großer Teil der individuellen Gewalt würde so gar nicht erst entstehen.

Das Grauen und Entsetzen, das wir alle empfinden, wenn wir das erste Mal mit Gewalt konfrontiert sind, wenn wir das erste Mal eineN ToteN sehen, kann abstumpfen, wenn diese Dinge alltäglich werden. Auch in den „reichen“ kapitalistischen Staaten sind wir zunehmend mit Gewalt konfrontiert: polizeiliche Willkür gegen MigrantInnen sehen wir fast täglich und auch die organisierte Rechte wird immer gewalttätiger gegen z.B. Flüchtlinge. Neben der individuellen Gewalt nimmt auch die staatliche Gewalt zu. Jugendliche werden in Erwachsenengefängnissen gesteckt, Flüchtlinge in Abschiebegefängnissen oder Lagern eingesperrt. All das ist Ausdruck der reaktionären Wende auch von staatlicher Seite.

In einer Gesellschaft, in der Gewalt und Kriege zum Machterhalt einer kleinen Minderheit eingesetzt werden, wird diese Gewalt zur Normalität. Im Gegensatz zu Militärputschen und der gewaltsamen Machterhaltung einer kleinen Elite in einer Klassengesellschaft wie dem Kapitalismus, kommt eine sozialistische Gesellschaft ohne Gewalt aus. Weil es keine Klassenherrschaft mehr gibt, gibt es keine Notwendigkeit für Gewalt.

Frage 4: ArbeiterInnenklasse – gibt's die überhaupt noch?

„Wer soll den Sozialismus überhaupt erreichen? Die ArbeiterInnenklasse, die Marx beschworen hat, die gibt's doch gar nicht mehr. Und außerdem verdienen sie gut, haben also höchstens noch „goldene Ketten“. Ausbeutung gabs früher, aber heute ist der Lebensstandard gestiegen – jedeR hat eine Wohnung, ein Auto und fährt auf Urlaub.“

Marx und Engels beschreiben die ArbeiterInnenklasse als das revolutionäre Subjekt, also als jene Klasse in der Gesellschaft, die die Notwendigkeit und die Möglichkeit hat, Sozialismus zu erkämpfen. Viele haben ein starres und veraltetes Bild von der ArbeiterInnenklasse: für sie sind ArbeiterInnen nur Menschen, die in der Industrie, im Bergwerk oder auf dem Bau (am besten im Blaumann und schön schmutzig) arbeiten. Die ArbeiterInnenklasse bestand aber niemals nur aus diesem einen Typ, sondern immer aus verschiedenen Gruppen und Schichten. Aus Frauen und Männern, wobei auch jene Angehörigen, die nicht direkt im Arbeitsprozess stehen – also auch Erwerbslose, PensionistInnen und Hausfrauen/männer sowie Angehörige – zur ArbeiterInnenklasse gehören. Die ArbeiterInnenklasse beschränkt sich auch keinesfalls auf jene Beschäftigten, die direkt in der Produktion stehen, sondern umfasst andere Berufsgruppen: im Verkauf, im Dienstleistungssektor, in den Büros. Die Minderheit arbeitet heute in einem fixen Job von Montag bis Freitag zwischen acht Uhr früh und 18 Uhr abends. Und immer mehr werden vom Kapitalismus auch in eine Scheinselbstständigkeit gezwungen, obwohl sie in Wirklichkeit ArbeiterInnen sind. Die ArbeiterInnenklasse definiert sich darüber, dass sie „nichts zu verkaufen hat als ihre Arbeitskraft“, wie Marx feststellte. Der Anteil dieser „Lohnabhängigen“ hat sich in den letzten 150 Jahren erhöht, auch wenn sie in immer mehr Untergruppen aufgespalten werden. Die Entwicklung der Gesellschaft geht immer stärker in Richtung Vereinheitlichung der zwei großen gesellschaftlichen Gruppen: ArbeiterInnenklasse und KapitalistInnen. Die Schichten dazwischen werden durch immer mächtigere Großkonzerne aufgerieben. Das zeigt sich in der Krise des „Mittelstandes“, die seit Beginn der Wirtschaftskrise 2007/8 immer härter ums Überleben kämpft. Auch die Anfang des 20. Jahrhunderts stark abgehobene BeamtInnenschaft ist in diesen Prozess eingebunden: Zwischen der Belastung und der Lebenssituation der meisten öffentlichen Bediensteten (wir meinen hier nicht die wenigen, wirklich privilegierten SpitzenbeamtInnen, sondern PflegerInnen, KindergärtnerInnen, LehrerInnen etc.) und normaler Beschäftigten besteht heute kaum ein Unterschied. Die meisten Arbeitskämpfe der letzten Jahre fanden im Öffentlichen Dienst statt – z.B. im Bildungs- und Gesundheitswesen. Das zeigt, dass kein Teil der ArbeiterInnenklasse von den laufenden Angriffen der UnternehmerInnen ausgenommen ist oder eine Sonderstellung hat. Die Gliederung in ArbeiterInnen, Angestellte und BeamtInnen ist künstlich und dient einer Spaltung der

Klasse. Die Probleme der verschiedenen Beschäftigten sind aber in weiten Teilen ähnlich. Alle sind sie davon abhängig, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und dafür ein unselbständiges Einkommen zu erhalten.

Werden die ArbeiterInnen ausgebeutet?

Die Produktion einer Ware erfordert neben Material und Maschinen eine gewisse Menge menschlicher Arbeitskraft. Der/die UnternehmerIn kauft die Arbeitskraft von ArbeiterInnen und lässt diese für sich arbeiten. Würde jedeR exakt das in Geldform (Lohn) erhalten, was er/sie an Waren produziert, dann könnte einE KapitalistIn keinen Profit erzielen. Der Ansatzpunkt des Marxismus ist hier zwischen der notwendigen Arbeitszeit und der Mehrarbeitszeit. Die notwendige Arbeitszeit jene, die für die ArbeiterInnenklasse notwendig ist, um sich zu reproduzieren (Nahrung zu kaufen, eine Wohnung, sich den erkämpften Lebensstandard leisten zu können etc. und Nachkommen zu "produzieren"). Die Mehrarbeitszeit ist alles, was länger gearbeitet wird (aber nicht bezahlt wird, weil die ArbeiterInnen nur die Reproduktionskosten bezahlt bekommen). In der Mehrarbeitszeit entsteht das Mehrprodukt, das, wenn die Waren verkauft werden, als Profit realisiert wird. Der Ausbeutungsgrad bestimmt sich im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus aus dem Verhältnis zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeitszeit. Auch wenn sich der Lebensstandard verbessert, kann so die Ausbeutung steigen: Im langen Boom zwischen 1950 und 1975 stieg das Verhältnis zwischen notwendiger und Mehrarbeitszeit in der BRD von 1:2 auf 1:2,7 also um mehr als ein Drittel. Der Klassenkampf ist letztlich immer ein Kampf um das Verhältnis zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit, egal ob direkt über die Lohnfrage oder indirekt über z.B. Fragen der Arbeitszeit, Akkordzahlen, Sozialleistungen. Der Mehrwert kann durch verschiedene Maßnahmen erhöht werden: durch technischen Fortschritt und die Erhöhung der Produktivität, durch die Intensivierung der Ausbeutung der Klasse. Je intensiver gearbeitet wird, desto kürzer ist die Zeit, die erforderlich ist, um das zu erzeugen, was der/die ArbeiterIn bekommt. Durch den technischen Fortschritt sind viele Produkte heute in kürzerer Zeit produzierbar als in der Vergangenheit. Heute produziert einE ArbeiterIn ein Vielfaches pro Lohneinheit als vor 90 Jahren (oder auch vor zehn Jahren). Langfristig ist das nicht vollständig in Form von Lohnerhöhungen an die ArbeiterInnenklasse weitergegeben worden, der relative Mehrwert und damit die Ausbeutung ist gestiegen - obwohl (in Teilen der Welt) der Lebensstandard gestiegen ist. Die Höhe des Lebensstandards sagt daher nicht unmittelbar etwas über den Grad der Ausbeutung aus. Können nicht beide Seiten davon profitieren, wenn der Lebensstandard der ArbeiterInnen und die Profite steigen? In Aufschwungzeiten kann das eine Zeitlang funktionieren, wie in der Sonderperiode des Nachkriegsaufschwunges der 1950er und 60er Jahre. Aber der Kapitalismus erzeugt immer und immer wieder Krisen und dann ist der Lebensstandard rasch unter Beschuss. Auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern lebt heute eine ganze Generation im Wissen, dass sie den Lebensstandard ihrer Eltern nicht

20 Zu schlecht für den Sozialismus?

mehr erreichen kann. Der Nachkriegsaufschwung ist lange vorbei und der Kapitalismus zu seiner Normalität von Krisen und Absenken des Lebensstandards der ArbeiterInnenklasse zurückgekehrt.

„Aber keiner verhungert!“

Der Kapitalismus kann nicht auf die Situation in den entwickelten kapitalistischen Ländern reduziert werden; er ist global. Der Kapitalismus ist ein einziges Weltsystem mit internationaler Arbeitsteilung, nationalen Grenzen, sowie durchaus ungleichmäßiger Entwicklung in den verschiedenen Ländern und Kontinenten, die aber immer in Zusammenhang stehen und voneinander abhängig sind. Entwicklungstendenzen im Kapitalismus, Verteilung, Begriffe wie ArbeiterInnenklasse und industrielle Reservearmee (das Heer der Erwerbslosen) können deshalb nur im globalen Zusammenhang betrachtet werden. Auch im Weltmaßstab sind die überwiegende Anzahl der Menschen ArbeiterInnen, wenn auch durchaus unter unterschiedlichen Bedingungen. 2016 besaßen die acht reichsten Milliardäre – alle Männer – mehr Vermögen als die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung (3,6 Milliarden Menschen). Das reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt 50,8 % des weltweiten Vermögens – und damit mehr als die restlichen 99 % zusammen. Es handelt sich aber keineswegs nur um eine Verteilungsfrage zwischen armen und reichen Ländern. Durch die Ausweitung des Billiglohnssektors in den Industriestaaten haben sich in den reicheren OECD-Staaten zwar die Einkommen der reichsten zehn Prozent seit 2010 stark erhöht, die ärmsten zehn Prozent aber sind stecken geblieben. Auch in Österreich besitzen die reichsten zehn Prozent der Haushalte 56 % des Vermögens.

Der Lebensstandard von Menschen in der “Ersten” und der “Dritten” Welt ist zweifellos sehr unterschiedlich – in Westeuropa geschieht es sehr selten, dass Menschen verhungern. Doch als Folge der Kürzungspolitik können in Griechenland heute 17% der Menschen ihren täglichen Bedarf an Nahrungsmitteln nicht mehr decken. Ein Drittel der Armen in Europa sind übrigens „Working Poor“. Sie haben eine Job, doch dieser ist so schlecht bezahlt, dass sie trotzdem in Armut leben müssen!

Die Ausbeutungsmechanismen sind in den armen und reichen Ländern die gleichen. Die ArbeiterInnenklasse der “reichen” Länder profitiert allerdings keineswegs von der Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse in den “ärmeren” Ländern. Denn die Aufrechterhaltung der Ausbeutung in einem Teil der Welt stabilisiert sie auch in anderen Teilen. Die Antwort kann daher nur sein, mittels internationaler Solidarität Klassenkämpfe in diesen Ländern zu unterstützen.

Wer trägt das Risiko?

“In der Krise verliert der Unternehmer einen Arbeiter und der Arbeiter einen Arbeitsplatz.” Das ist die Logik des „Unternehmer-Risikos“. Selbst wenn ein Betrieb schließen muss – wer trägt tatsächlich in der Regel die Konsequenzen? Unter-

nehmerInnen mit ihren Verbindungen zu Politik, Justiz und Wirtschaft erhalten im Regelfall rasch einen neuen, gutbezahlten Managementjob. Und eine wesentliche Aufgabe des ganzen Unternehmensrechtes ist es, die persönliche Haftung von UnternehmerInnen möglichst gering zu halten. So können Konzernchefs wie die Familie Pfeiffer von einer Firmenpleite wie beim österreichischen Handelsunternehmen Zielpunkt sogar noch profitieren. Andererseits müssen tausende ArbeiterInnen in Folge von diversen Firmenpleiten plötzlich von Arbeitslosengeld, Mindestsicherung bzw. Hartz IV leben. Haben wirklich die ArbeiterInnen schlecht gewirtschaftet? Sie tragen das volle Risiko und dürfen nicht einmal in den Geschäftsbüchern nachsehen, was mit ihrer Arbeitsleistung geschieht. Die ArbeiterInnenklasse ist es, die unter den Unsicherheiten und den Auswirkungen von Krisen im Kapitalismus leidet – durch Verlust der Lebensgrundlage, von Arbeit, Einkommen und Wohnung. Die ArbeiterInnenklasse leidet auch unter zunehmend riskanten Produktionsmethoden wie Fracking, unter Chemie in Essen, Kleidung und Kinderspielzeug, unter den Folgen des Klimawandels und unter der Verrohung der Gesellschaft, die zwischenmenschliche Beziehungen zerstört. Die ArbeiterInnenklasse hat im Kapitalismus keine andere Möglichkeit der Existenzsicherung als den Verkauf ihrer Arbeitskraft. Aber selbst diese Existenz als Ausgebeutete wird uns oft verwehrt. Die Arbeitslosigkeit steigt überall an, in manchen Ländern sind mehr als 50% der Jugendlichen ohne Job. Hunderte Millionen sind weltweit auf der Suche nach einem Job während andere unter langen Arbeitszeiten leiden.

Frage 5: Wozu Revolution? Funktionieren Reformen nicht besser?

„Revolutionen sind in der Vergangenheit immer wieder gescheitert. Es bringt mehr, jetzt, im Kapitalismus, für viele Verbesserungen einzutreten und nicht auf einen fernen Sozialismus zu warten. Schließlich hat es auch in den letzten 100 Jahren viele Verbesserungen für die ArbeiterInnenklasse gegeben.“

Ja, es hat sich viel verändert in den letzten 100 Jahren. Aber keine Verbesserung haben die KapitalistInnen freiwillig hergegeben, alles hat die ArbeiterInnenbewegung gefordert und erkämpft. In manchen Fällen musste die ArbeiterInnenklasse lediglich mit ihrer Stärke drohen und die UnternehmerInnen gaben klein bei. Das war allerdings nur in Zeiten eines Aufschwungs möglich. Heute befindet sich der Kapitalismus in einer gänzlich anderen Situation. Für dauerhafte Reformen ist heute kein Spielraum mehr gegeben. Während in den 60er Jahren im Zuge des Nachkriegs-“Wirtschaftswunders“ echte Reformen wie Arbeitszeitverkürzung erreicht werden konnten, wird heute in erster Linie Sozialabbau betrieben. Kleinere Verbesserungen werden nach dem Prinzip “mit der linken Hand geben und mit der rechten nehmen” durch Kürzungen in anderen Bereichen durchgeführt.

Ob 8-Stunden-Tag, Urlaubs- und Lohnfortzahlungsregelung oder demokratische Rechte – nichts haben die Herrschenden ohne Druck hergegeben. Die Beispiele zeigen auch, wie vergänglich diese Verbesserungen sind. Der 8-Stunden-Tag ist inzwischen die Ausnahme, nur eine Minderheit der Beschäftigten arbeitet heute in Regelarbeitsverhältnissen mit 40-Stunden/Woche an fünf Tagen tagsüber. Die Mehrheit hat Nacht- und Wochenendarbeit, Schicht- und Teilzeitarbeit und/oder arbeitet in Bereichen, in denen Arbeitsschutzgesetze schon teilweise ausgehebelt wurden. Die Krankenversicherung ist spätestens mit der Einführung der Ambulanzgebühr ausgehöhlt, hinzu kommen steigende Selbstbehalte und die Diskussion über den „Teilkrankenstand“. Demokratische Rechte existieren oft nur auf dem Papier, wie die vielen Fälle zeigen, wo ArbeiterInnen, die einen Betriebsrat gründen wollten, widerrechtlich gekündigt wurden und nun ihr Recht vor dem Arbeitsgericht einklagen müssen – ein langwieriger und schwieriger Prozess, v.a. auch weil sie in der Zeit nur Arbeitslosengeld erhalten.

Keine Reform hat sicheren Bestand, das zeigt der Abbau des Sozialstaates seit den 1980er und 1990er Jahren deutlich. Vor allem in Krisenzeiten versuchen die KapitalistInnen, das, was ihnen abgerungen wurde, wieder zurückzuholen. Das bedeutet Privatisierungen, Steuererleichterungen für Unternehmen bei gleichzeitigen Abgabenerhöhungen für die ArbeiterInnen, ein Ende des freien Bildungszuganges, stärkerer Druck auf Arbeitslose...

SozialistInnen begrüßen jede einzelne Verbesserung und helfen mit, sie zu erkämpfen. Gleichzeitig betonen wir, dass sie im Kapitalismus nicht von langer

Dauer sein können. Letztlich reicht es nicht, den einen oder anderen Missstand zu beseitigen, sondern es ist notwendig, das ganze System zu ändern.

Die Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen. Es hat immer wieder Revolutionen gegeben, durch die eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsform eine alte abgelöst hat. Die britische und insbesondere die „Große Französische Revolution“ von 1789 werden als „gute“ Revolutionen im Geschichtsunterricht genannt – kein Wunder, es sind jene bürgerlichen Revolutionen, die zur Durchsetzung des Kapitalismus notwendig waren. Im Gegensatz dazu sei die sozialistische Revolution in Russland im Oktober/November 1917 eine „böse“ Revolution. Auch diese Bewertung (vorgenommen von bürgerlichen HistorikerInnen) verwundert nicht, da in Russland 1917 der Kapitalismus gestürzt wurde und versucht wurde, eine neue sozialistische Gesellschaft zu errichten.

Der Kapitalismus hat sich schon lange überlebt. Er arbeitet längst nicht mehr effizient für die Weiterentwicklung der Menschheit. Er beweist seine Unfähigkeit und seine Gefährlichkeit für die Zukunft der Menschheit tagtäglich. Ein Blick in die Zeitung macht das deutlich. Trotzdem herrscht der globale Kapitalismus. Das zeigt, dass gute Argumente leider nicht reichen, um den Kapitalismus durch eine gerechtere sozialistische Gesellschaft zu ersetzen. Er hat sich ein Herrschaftssystem aufgebaut, das alle Bereiche der Gesellschaft erfasst. Von Medien, Schulsystem, Justiz, Religionen wird, wenn auch auf unterschiedliche Art, die Überlegenheit und „Naturgegebenheit“ des Kapitalismus und aller damit verbundener Probleme wie Armut und Arbeitslosigkeit behauptet und als unumstößlich dargestellt. Doch die gesellschaftlich vorherrschenden Meinungen sind die Meinungen der herrschenden Klasse, müssen wir in Anlehnung an Karl Marx feststellen.

Daher wird der Sturz des kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems nicht durch den Putsch einer Minderheit passieren und auch nicht durch eine Volksabstimmung. Die Herrschenden werden ihre Privilegien, ihren Reichtum und ihre Macht niemals freiwillig abgeben. Gute Argumente oder Bitten, selbst Abstimmungen werden das nicht erreichen (mehr dazu in Frage 10). Eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft ist notwendig. Die Abschaffung des Kapitalismus wird angesichts der Bedrohung durch den Klimawandel zur Überlebensfrage für die Menschheit. Aber ein solcher „System Change“ wird nicht „über Nacht“ kommen, nicht vom Himmel fallen, sondern ein revolutionärer Prozess sein, bei dem die ArbeiterInnenklasse letztlich die Macht ergreift. Die ArbeiterInnenklasse hat ein objektives Interesse an der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft, da nur diese die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigen kann. Einzig die ArbeiterInnenklasse ist auch zahlenmäßig und aufgrund ihrer entscheidenden Stellung in der Wirtschaft in der Lage, dieses Ziel zu erreichen.

Die Zunahme von Kämpfen – die anti-kapitalistische Bewegung, Proteste von ArbeiterInnen und Volksaufstände (wie z.B. im „arabischen Frühling“) – zeigen das enorme Potential und den Unmut, der existiert. Kein Teil der Welt ist davon unberührt. Überall wächst der Unmut über die Ungerechtigkeiten und Unzulänglichkeiten des Systems. Dieser Unmut findet sehr unterschiedliche Aus-

24 Zu schlecht für den Sozialismus?

drucksformen. Zerstörerische Ausprägungen davon sind Drogenmissbrauch, die Flucht in die Religion bzw. Esoterik oder eine Verrohung der Gesellschaft. Diese Ausprägungen entwickeln sich, wenn Menschen keine Möglichkeit sehen, etwas an ihrer Situation zu ändern. Aber es gibt eben auch die andere Seite, wenn es diese Möglichkeit gibt. Menschen, die sich zusammenschließen, die sich organisieren und Proteste und Widerstand organisieren. Unter Jugendlichen ist „Sozialismus“ heute in den USA beliebter als „Kapitalismus“. Doch die verschiedenen revolutionären Prozesse der letzten Jahrzehnte zeigen auch, wie schwierig, langwierig und widersprüchlich dieser Prozess ist und dass die Wut der Massen alleine nicht ausreicht, um die Gesellschaft grundlegend zu verändern. Argentinien stand zum Jahreswechsel 2001/2 am Beginn eines vorrevolutionären Prozesses. Aber trotz wochenlangen gewaltigen Massenbewegungen, denen mehrere Präsidenten weichen mussten, gelangte doch wieder ein pro-kapitalistischer Präsident an die Macht, der letztlich nur etwas populistischer ist, sich aber von seinen Vorgängern nicht qualitativ unterschied. In Tunesien und Ägypten brachten ab 2010 Massenbewegungen Diktatoren zu Fall. Doch in Ägypten ist das Militär wieder an die Macht zurückgekommen und in beiden Ländern wird der islamische Fundamentalismus stärker. Die revolutionären Ereignisse in der Ukraine 2013/14 haben den Nationalismus und sogar faschistische Kräfte gestärkt. Doch keine dieser Entwicklungen war automatisch. Dass reaktionäre Kräfte sich Raum oder sogar eine führende Rolle in diesen Bewegungen verschaffen konnten bzw. wieder an die Macht kommen konnten, ist das Ergebnis des Fehlens einer starken Linken und der Schwäche der ArbeiterInnenbewegung. Die Frage „Reform oder Revolution“ stellt sich in so einer Situation auch nicht. Die Situation hat sich so zugespitzt, dass es einfach nicht so weitergehen kann wie bisher, das wissen auch die Herrschenden. Die Frage ist also nur, was sich aus einer solchen revolutionären Situation heraus entwickelt.

Was in all diesen (und vielen anderen) Beispielen gefehlt hat, waren erstens klare Vorstellungen über die Alternative, also ein breites Verständnis über die Notwendigkeit nicht nur des Sturzes des Präsidenten, sondern des Sturzes des Kapitalismus und zweitens eine Organisation, die die Massenbewegung auf dieses Ziel orientiert hätte. Das Fehlen einer starken ArbeiterInnenbewegung und die ideologischen Folgen des Stalinismus, aber auch seines Zusammenbruches haben das Bewusstsein der ArbeiterInnenklasse weltweit zurückgeworfen. Die Klasse braucht neue Erfahrungen, bis sich ein breites Bewusstsein entwickeln kann, dass nicht nur der neoliberale Kapitalismus, sondern der Kapitalismus an sich das Problem ist. Und weil es in vielen Ländern schon lange keine unabhängige Massenpartei der ArbeiterInnenklasse mehr gibt, muss auch diese Tradition erst wieder aufgebaut werden. Die verschiedenen Aufstände und Revolutionen in der Geschichte haben immer wieder bewiesen, dass ohne den „subjektiven Faktor“, eine revolutionäre Partei, diese Bewegungen letztlich gescheitert sind. Die Aufgaben einer solchen Kraft sind, Forderungen und Programme in die Bewegung einzubringen, um diese zu vereinigen und weiterzubringen und die Systemfrage offensiv zu stellen.

Frage 6: Wollt ihr den Ostblock zurück?

„Die bisherigen linken Revolutionen haben alle zum selben Ergebnis geführt – wollt Ihr so etwas wie im Ostblock?“

Unserer Ansicht nach ist kein Land der Welt bisher sozialistisch gewesen. Die verschiedenen sogenannten sozialistischen Staaten waren Länder, in denen zwar das kapitalistische System abgeschafft war, aber Wirtschaft und Gesellschaft vollkommen undemokratisch von einer abgehobenen Schicht privilegierter BürokratInnen gelenkt wurde. Unsere Ablehnung des Stalinismus stützt sich auf Analyse und Programm von Leo Trotzki und der Linken Opposition in den 1920er und 1930er Jahren. Sie haben die Errungenschaften der Sowjetunion (Verstaatlichung, Planwirtschaft, staatliches Außenhandelsmonopol) verteidigt und gegen die Bürokratisierung gekämpft. Im ehemaligen Ostblock wurden jene Menschen, die wirklich für Sozialismus kämpften, von der herrschenden Bürokratie verfolgt und ermordet. Im Stalinismus wurden unzählige echte KommunistInnen ermordet.

Trotzki hat die Sowjetunion unter Stalin als “deformierten ArbeiterInnenstaat” charakterisiert. “ArbeiterInnenstaat” insofern, als Kapitalismus und Großgrundbesitz gestürzt und Eigentumsverhältnisse geschaffen wurden, die im historischen Interesse der ArbeiterInnenklasse sind. Das Staatseigentum an Produktionsmitteln und die Planung der Wirtschaft sind zwar notwendige, aber keine hinreichenden Bedingungen für den Sozialismus. Nicht die Planwirtschaft war das Problem, sondern die Machtausübung durch eine kleine privilegierte Schicht, die Bürokratie. Diese völlig unproduktive Kaste schöpfte nicht nur einen beachtlichen Teil dessen, was die ArbeiterInnenklasse produzierte, für sich ab. Sie verstopften auch die Poren der Wirtschaft und töteten jede Form von demokratischer Mitgestaltung ab. Diese Form der diktatorischen zentralistischen Planwirtschaft reichte, um das „Entwicklungsland“ UdSSR zeitweise zur zweitstärksten Industriemacht zu machen; etwas, was der Kapitalismus in vergleichbarem Rahmen nirgends im 20. Jahrhundert geschafft hat. Doch Planwirtschaft braucht Demokratie wie der Körper Luft zum Atmen. Je komplexer die Wirtschaft wurde, desto unmöglicher wurde es, die Produktion ohne Kontrolle der ArbeiterInnen zu planen. Doch diese hätte das Ende der bürokratischen Herrschaft bedeutet. Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre, als es in einer Reihe stalinistischer Staaten zu Massenbewegungen kam, versuchten einige der alten BürokratInnen, das Rad der Geschichte anzuhalten und die beginnende Bewegung von unten brutal niederzuschlagen. Der überwiegende Teil der sogenannten „KommunistInnen“ wählte einen anderen Weg, um sich die privilegierte Stellung zu erhalten: Sie arrangierten sich mit dem Westen und begannen, den Kapitalismus wieder einzuführen. Heutige Machthaber wie Putin & Co. haben als stalinistische FunktionärInnen begonnen. In trauter Zweisamkeit präsentierten sich die KapitalistInnen aus dem Westen mit den Wendehälsen aus dem Osten als

26 Zu schlecht für den Sozialismus?

die einzige Zukunftsperspektive. Dass das Betrug war, ist angesichts des wirtschaftlichen und sozialen Verfalls, des „Mafiakapitalismus“ sowie der teilweise massiv eingeschränkten Demokratie in den „Reformländern“ mittlerweile schon vielen klar.

Grundlagen für Stalinismus

Dass die stalinistische Bürokratie in der Sowjetunion die Oberhand gewann, ist keine Gesetzmäßigkeit des Sozialismus, sondern das Ergebnis einer Reihe historischer Faktoren. Am Ende und nach dem 1. Weltkrieg fegte eine revolutionäre Welle über Europa. Die Russische Revolution von 1917 schlug ein neues Kapitel in der Menschheitsgeschichte auf. Großgrundbesitz und KapitalistInnen wurden enteignet, der bürgerlich-zaristische Staatsapparat zerschlagen. Sofort wurde ein demokratischer Friede ausgehandelt (Russland steckte bis kurz nach der Oktoberrevolution noch im 1. Weltkrieg) und eine Landreform beschlossen. Im ganzen Land begann eine Welle der Nationalisierung durch die lokalen Sowjets. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen wurde im früheren Völkergefängnis Russland umgesetzt. Frauen wurden gleichberechtigt (die sozialen und rechtlichen Voraussetzungen wurden geschaffen, mehr siehe Frage 9), LGBTQI-Rechte garantiert und neue Wege wurden in Bildung, Kultur und Forschung beschritten. Für kurze Zeit hatten die ArbeiterInnen in Form einer Räte- (=Sowjet-) Demokratie die Macht. Das war die demokratischste Regierung, die es jemals gab.

Aber Sozialismus kann nicht in einem Land allein aufgebaut werden. Sozialismus knüpft am höchstentwickeltesten kapitalistischen Niveau der Produktivkraftentwicklung an. Der Kapitalismus hat durch die weltweite Arbeitsteilung und ökonomische Integration einen Weltmarkt geschaffen. Sozialismus kann daher auch nur international verwirklicht werden, denn die materiellen Voraussetzungen sind nur international, nicht aber in einem einzelnen Land und schon gar nicht in einem rückständigen wie Russland, gegeben. Zum Zeitpunkt der Revolution von 1917 war Russland ein industriell und kulturell sehr rückständiges Land. Es gab nur wenige Industriezentren in den größeren Städten, der überwiegende Teil der Bevölkerung waren landlose Bauern. Etwa 80 % konnten weder lesen noch schreiben. Russland war, wie Lenin und Trotzki immer wieder betonten, abhängig von der internationalen Ausweitung der Revolution auf industriell weiter entwickelte Länder, wie beispielsweise Deutschland. In Deutschland und Österreich hatten sich nach dem russischen Vorbild ArbeiterInnen- und Soldatenräte gebildet, es wurde die „sozialistische Republik“ gefordert.

Die Führung der Sozialdemokratischen Parteien in diesen Ländern setzte sich aber nicht an die Spitze der jeweiligen revolutionären Bewegungen, sondern bremste sie bzw. trat offensiv gegen sie auf. Mit dem Argument „die Zeit ist noch nicht reif“ rettete sie jenen Kapitalismus, der gerade erst zu den Millionen Toten des 1. Weltkriegs geführt hatte. Wegen des Verrats der Führung der Sozialdemokratie an den Revolutionen in Deutschland, Österreich, Ungarn, Italien und der Tschechischen Republik blieb der erste ArbeiterInnenstaat der Welt isoliert und

wurde durch den Einmarsch von 21 imperialistischen Armeen in einen mehrjährigen BürgerInnenkrieg verwickelt. Das Land und die Wirtschaft wurden weitgehend zerstört, es herrschte Hunger und Mangel.

Diese Situation – Isolation der Revolution, ohnehin schon rückständiges Land, Zerstörungen im BürgerInnenkrieg – bildeten die Basis für die politische Konterrevolution. Diese fand in Form der Errichtung einer Diktatur der Bürokratie unter der Führung Stalins statt. Stalin spielte diese herausragende Rolle nicht auf Grund seiner „Genialität“, sondern es war eher seine Mittelmäßigkeit (er spielte in der Revolution und in der Bolschewistischen Partei ursprünglich keine zentrale Rolle, sondern war in erster Linie ein Administrator), die ihn zum perfekten Repräsentanten der erstarkenden bürokratischen Kaste machte.

Stalinismus in vielen Staaten

In anderen stalinistischen Staaten spielten andere diese Rolle: Mao in China, Castro in Kuba, Honecker in der DDR, Kim Il Sung in Nordkorea, Tito in Jugoslawien. Zwischen diesen Vertretern der Bürokratie gab es Meinungsverschiedenheiten und Machtkämpfe. Es gibt auch Unterschiede in der Form der Machtausübung – etwas weniger Repression in Kuba, völlige Gleichschaltung in Nord-Korea – die v.a. darauf zurückzuführen sind, dass es in manchen Staaten eigenständige revolutionäre Erhebungen gab. In Kuba und Jugoslawien ist bzw. war die Bürokratie nicht so abgehoben wie z.B. in Rumänien, weil die ArbeiterInnenklasse in einem antifaschistischen und auch antikapitalistischen Kampf gestanden war und den Kapitalismus gestürzt hatte. Aber auch in diesen Staaten gab es keine isolierte Entwicklung zu einer stalinistischen Diktatur. Nach der Machtübernahme des Stalinismus in der Sowjetunion sorgten diese über die „Kommunistische Internationale“ für eine Gleichschaltung aller „Kommunistischen Parteien“. Nach dem 2. Weltkrieg hatte Stalin ursprünglich einen Ring neutraler Staaten zwischen der Sowjetunion und Westeuropa geplant. Die Bevölkerung in Osteuropa jedoch hatte mit dem Faschismus zu großen Teilen die KapitalistInnen vertrieben, sodass nach einigen missglückten Versuchen, eine bürgerliche Demokratie zu errichten, die „Volksdemokratien“ gegründet wurden. Dies war auch für die Moskauer Bürokratie notwendig geworden, weil einerseits die ArbeiterInnenklasse in diesen Staaten nicht einfach so weitermachen wollte wie bisher (sie erwartete sich klare Veränderungen) und weil andererseits die friedliche Koexistenz mit den imperialistischen Staaten nicht so verlief, wie der Stalinismus es sich nach dem 2. Weltkrieg erhofft hatte. Der Kalte Krieg begann, und Churchill erklärte: „Wir haben das falsche Schwein geschlachtet“. Er meinte damit, Britannien und die Alliierten hätten lieber die Sowjetunion als Nazi-Deutschland besiegen sollen. Die Sowjetunion musste ihren Einflussbereich ausweiten. Revolutionäre Bewegungen, die es in vielen Staaten gab, wurden von der stalinistischen Bürokratie nicht gerne gesehen und teilweise unterdrückt. Installiert wurden Kopien des „sowjetischen“ Systems. Auch später hat die Sowjetunion wirtschaftliche und militärische „Hilfe“ gegeben, um politischen Einfluss zu nehmen und eigen-

28 Zu schlecht für den Sozialismus?

ständige Entwicklungen zu verhindern. Stellen wir uns vor, was eine unabhängige Entwicklung eines echten demokratischen Sozialismus in Kuba oder Vietnam bzw. auch in der Tschechoslowakei für ein Attraktivität auch in den stalinistischen Staaten haben hätte können! Das hätte eine politische Revolution losbrechen können, die die Bürokratie stürzen hätte können und den Weg frei gemacht hätte für einen echten Sozialismus.

Garantie gegen Stalinismus?

In kommenden Revolutionen gibt es keine absolute „Garantie“, dass es nicht wieder zu einer Entartung kommt – aber die Voraussetzungen sind wesentlich günstiger und die stalinistische Sowjetunion als „Großer Bruder“, der alles kontrolliert, ist weggefallen. Ein wesentlicher Grund für die Herrschaft der Bürokratie in der Sowjetunion war der Mangel, der nach dem 1. Weltkrieg und dem BürgerInnenkrieg herrschte. Wo zu wenig da ist, muss die Verteilung des Mangels organisiert werden. Und damit ist die Basis für die Bürokratie vorhanden. Hätte die Revolution in einem reicheren und wirtschaftlich weiter entwickelten Land stattgefunden, wäre der Lauf der Geschichte wohl anders gewesen. Die wichtigste Voraussetzung dafür, dass sich eine gesunde sozialistische Gesellschaft entwickelt, ist eine Gesellschaft ohne Mangel. Das steht auch im Widerspruch zu dem Argument, Sozialismus könne nicht funktionieren, weil der Mensch nicht bereit sei zu verzichten – Sozialismus bedeutet eben nicht zu verzichten! Der Überfluss, der im Sozialismus produziert werden wird, bedeutet nicht die Erzeugung künstlicher Bedürfnisse (silberne Sektquirl) oder massenhafter Verschleißprodukte (die Strumpfhose mit eingebauter Laufmasche), sondern die Befriedigung elementarer Bedürfnisse nach Nahrung, Wohnen, Sicherheit und Kultur.

Leo Trotzki dazu in einem Artikel von 1935 *“Wenn Amerika kommunistisch würde”*: *“Sowjetamerika wird unsere bürokratischen Methoden nicht nachahmen müssen. Bei uns hat der Mangel an den elementaren Lebensgütern dazu geführt, dass sich jeder um einen Extra-Laib Brot, eine Extra-Elle Stoff gehörig balgen muss. In diesem Kampf spielt unsere Bürokratie den Vermittler, den allmächtigen Schiedsrichter. Sie hingegen (gemeint sind die USA, Anm.) sind viel wohlhabender und würden es nicht so schwer finden, Ihre ganze Bevölkerung mit allem Lebensnotwendigen zu versehen. Außerdem würden Ihre Bedürfnisse, Geschmacksrichtungen und Gewohnheiten es Ihrer Bürokratie nie erlauben, das Nationaleinkommen zu verteilen. Stattdessen wird sich Ihre ganze Bevölkerung, wenn sie Ihre Wirtschaftsgesellschaft so organisieren, dass für die Deckung menschlicher Bedürfnisse und nicht für private Profite produziert wird, um neue Richtungen und Gruppen scharen, die miteinander kämpfen und es verhindern werden, dass eine arrogante Bürokratie sie bedrückt.*

Durch Sowjets, d.h. durch Demokratie, durch die flexibelste Regierungsform, die es bisher gibt, können Sie das Anwachsen des Bürokratismus vermeiden. Eine Räte-Organisation kann nicht Wunder wirken; sie kann nur den Willen der Bevölkerung reflektieren. Bei uns sind die Sowjets infolge des politischen Monopols einer einzigen Partei, die selbst zur Bürokratie wurde, bürokratisiert worden. Diese Situation ist Resultat der außergewöhnlichen Schwierigkeiten sozialistischer Pionierarbeit in einem armen und rückständigen Land.”

Frage 7: Gibt es im Sozialismus Demokratie?

„Sozialismus und Demokratie – passt das zusammen? In der Sowjetunion hatten die Menschen ja nichts zum Mitreden, aber wir können entscheiden, welche Partei wir wählen.“

Kapitalismus ist alles andere als demokratisch. Nur einige wenige bestimmen über die tatsächlichen Abläufe. Es gibt eine starke Konzentration von Medien, wo wenige Verlagsgruppen Zeitungen, Magazine, Fernseh- und Radiosender besitzen. Alle großen Medien sind fest in der Hand der Herrschenden, eine Handvoll KapitalistInnen in den Chefetagen bestimmt völlig undemokratisch und unkontrolliert den Ablauf der wirtschaftlichen Prozesse. Wer hat die Superreichen, die bei internationalen Gipfel-Treffen wichtige politische und wirtschaftliche Schritte festlegen, gewählt? Und wer kontrolliert Polizei oder Militär? Im politischen Bereich hat die ArbeiterInnenbewegung zwar wichtige Rechte erkämpft, doch diese gelten weltweit nur für eine Minderheit. Eine Vielzahl der Staaten dieser Erde sind Diktaturen (und viele davon mit Unterstützung des „demokratischen Westens“), viele weitere Monarchien. Dort wo Wahlen stattfinden ist dann aber auch noch die Frage: Wer darf wählen? Welche Parteien stehen zur Auswahl und wer kann sich den teuren Wahlkampf überhaupt leisten. Und wieviel Einfluss hat man dann darauf, was die Gewählten dann machen? Der Einfluss von LobbyistInnen und WirtschaftsvertreterInnen auf die Politik ist weit größer, als der des „Wahlvolkes“. Und auch in den Ländern, in denen es Presse- und Versammlungsfreiheit gibt, versuchen die Herrschenden, diese Rechte einzuschränken oder abzuschaffen, wenn sie ihnen gefährlich werden. In den meisten Betrieben auf dieser Welt gilt am Betriebseingang „Demokratie bis hierher und nicht weiter“. Gewerkschaftliche Rechte gibt es entweder überhaupt nicht, oder sie werden beschnitten. GewerkschafterInnen werden entlassen, eingeschüchtert und in den schlimmsten Fällen eingesperrt oder sogar ermordet. Auch in unseren westlichen Demokratien wissen die ArbeiterInnen eines Betriebes nicht, welche Reichtümer die ManagerInnen/BesitzerInnen anhäufen. Sie bekommen nie die wirkliche Bilanz zu sehen. Unter dem Titel „Firmengeheimnis“ werden den Beschäftigten die Informationen vorenthalten, was mit den Werten, die sie durch ihre Arbeit erschaffen, geschieht.

Wir SozialistInnen kämpfen für eine Ablöse der Scheindemokratie durch wirkliche Demokratie in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Sozialistische Demokratie ist die organisierte Einbeziehung aller in alle Angelegenheiten der Gesellschaft. An die Stelle von großen Männern tritt eine Heerschar von „kleinen Leuten“, die in frei gewählten Komitees gemeinsam den Lauf der Dinge erörtern und Lösungen umsetzen, die sich an den Bedürfnissen der Menschen und nicht an den Profiten orientieren.

Die Komitees werden gewählt. Die Gewählten sind der WählerInnenschaft jederzeit rechenschaftspflichtig und jederzeit absetzbar und sie genießen keiner-

30 Zu schlecht für den Sozialismus?

lei materielle Privilegien. Sie haben ein Einkommen zu haben, das dem Durchschnittseinkommen entspricht. Diese Komitees wird es auf allen Ebenen geben: in den Fabriken, in den Stadtteilen, auf Bezirks-, Stadt- und Landesebene, ja sogar auf der "Weltbühne". Schon heute, noch im Kapitalismus, sehen wir solche demokratischen Strukturen, die bei Protesten oder in Streiks eigentlich jedes Mal von unten entstehen, sie heißen dann Plenas, Arbeitsgruppen, Komittes etc.. Diese Strukturen sind zwar nicht „offiziell“, haben aber weit mehr Entscheidungs- und Teilnahmemöglichkeiten als die normale bürgerliche Demokratie und können auch sehr real ein Machtfaktor sein wie z.B. die Plenas in den Aufständen in Bosnien-Herzegowina 2014.

Im Sozialismus wird es solche Strukturen dann nicht mehr nur punktuell, sondern für die gesamte Gesellschaft geben. Erstmals in der Geschichte der Menschheit hat die Mehrheit die Geschicke der Menschheit in den eigenen Händen. Erstmals in der Geschichte der Menschheit wird das Potential aller Menschen, ihre Kreativität, ihre Erfahrungen, ihre Talente in den Entscheidungsprozess miteinbezogen. Das ist Demokratie, die Macht geht erstmals tatsächlich vom Volke aus.

Dass sich heute immer weniger Menschen an den offiziellen "demokratischen Abläufen" beteiligen (siehe den starken Rückgang der Wahlbeteiligung international), liegt nicht daran, dass sie zu faul wären, sondern daran, dass sie sehen, dass sie nichts bewirken können. Alle paar Jahre ein Kreuz zu machen, und dann nach den Wahlen zu hören, dass die Versprechen leider nicht eingelöst werden können und hin und wieder bei einem Volksbegehren zu unterschreiben, das ignoriert wird, sind ja wohl nicht der Gipfelpunkt der Demokratie. In einer sozialistischen Demokratie haben Alle durch ausreichende Bildung, durch Arbeitszeitverkürzung und den Einsatz modernster Kommunikationsmittel nicht nur die reale Möglichkeit, sich an den demokratischen Abläufen zu beteiligen, sondern sie sind tatsächlich aktiver Teil in diesem Prozess und nicht nur zur Stimmenbeschaffung wie heute. Die Massenaktivität, die für den Sturz des Kapitalismus notwendig gewesen ist, braucht es auch nach der Revolution, um die Gesellschaft weiter zu entwickeln.

Unser Selbstverständnis und unser Programm setzt bei dem an, was Lenin schon 1917 forderte (und warum die stalinistischen Staaten kein Sozialismus waren und es dort auch keine Demokratie gab erklären wir in Frage 6). Es sind Punkte, die im Kapitalismus für die Organisationen der ArbeiterInnenklasse gelten sollten (also für ArbeiterInnenparteien und Gewerkschaften) und die nach einer Revolution für die gesamte Gesellschaft gelten; auch um die Entwicklung einer stalinistischen Bürokratie zu verhindern.

- ☉ Alle Funktionen und Ämter werden durch demokratische Wahlen besetzt. Jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit aller FunktionärInnen.
- ☉ KeinE Funktionärin darf aufgrund seines/ihres Amtes in den Genuss materieller Privilegien kommen; KeineR von ihnen verdient mehr als einE durchschnittlicheR FacharbeiterIn.

- Niemand erwirbt einen Posten auf Lebenszeit. Die Verwaltungsarbeit wird allmählich von allen durchgeführt, begleitet durch Arbeitszeitverkürzung und Weiterbildung.
- Vergesellschaftung der großen Konzerne, Verwaltung und Kontrolle durch ArbeiterInnen-Komitees.
- Kein Einparteiensystem, sondern volle politische Freiheiten für alle Parteien und Gruppen, außer für FaschistInnen und Organisationen, die mit Gewalt die Diktatur einer Minderheit errichten wollen.

Frage 8: Wie steht es mit der Individualität?

„Im Sozialismus werden alle Menschen gleichgemacht, da gibt es keinen Raum mehr für Individualität.“

In der heutigen Gesellschaft ist keineR frei und niemand kann sich wirklich individuell entfalten. Alles hängt vom Geld ab. Die Entwicklung von Fähigkeiten hängt heute immer noch zum großen Teil davon ab, auf welchem Fleck der Erde und in welcher Klasse jemand geboren wird. Wer reich ist, ist frei und kann wählen, ob man eine Spezialausbildung macht oder lieber eine Lehre. Wer kein Geld hat, muss machen, was man sich leisten kann. Viele Talente und Genies sind dadurch schon verloren gegangen. Sie konnten nicht studieren bzw. ihr Potential nicht entfalten, weil das Geld der Eltern nicht reichte.

1891 schrieb Oscar Wilde in “Die Seele des Menschen unter dem Sozialismus” zum Thema Individualität: *“Unter den neuen Umständen (im Sozialismus, Anm.) wird der Individualismus viel freier, schöner und viel intensiver sein als heutigen Tags. Denn die Anerkennung des Privateigentums hat in der Tat den Individualismus geschädigt und verdunkelt, indem er den Menschen verwechselte mit dem, was er besitzt. Es hat den Individualismus völlig in die Irre geführt. Es hat ihm Gewinn, nicht Wachstum zum Ziel gemacht. So dass der Mensch glaubte, die Hauptsache sei, zu haben, und nicht wusste, dass es die Hauptsache ist, zu sein. Die wahre Vollkommenheit des Menschen liegt nicht in dem, was er hat, sondern in dem, was er ist. Das Privateigentum hat den wahren Individualismus vernichtet und einen falschen hingestellt. Durch Aushungern hat es einem Teil der Gemeinschaft die Möglichkeit benommen, individuell zu sein. Es hat dem anderen Teil der Gemeinschaft die Möglichkeit, individuell zu sein, benommen, indem es ihn auf den falschen Weg brachte und ihn überbürdete.*

Die Betriebsamkeit, die zum Geldverdienen erforderlich ist, ist gleichfalls sehr demoralisierend. In einer Gemeinschaft wie der unsern, wo das Eigentum Rang, gesellschaftliche Stellung, Ehre, Würde, Titel und andere angenehme Dinge der Art verleiht, macht es der Mensch, ehrgeizig wie er von Natur wegen ist, zu seinem Ziel, Eigentum anzuhäufen, und fährt damit bis zur Ermüdung und zum Überdruß fort, auch wenn er weit mehr angehäuft hat, als er braucht oder benutzen kann, ja sogar mehr, als ihn erfreut, und mehr, als er weiß. Der Mensch arbeitet sich zu Tode, um Eigentum zu erlangen, und wenn man freilich die ungeheuren Vorteile sieht, die das Eigentum mit sich führt, ist es nicht zum Verwundern. Bedauern muss man, dass die Gesellschaft so aufgebaut ist, daß der Mensch in eine Grube gezwängt ist, wo er nichts von dem frei zur Entfaltung kommen lassen kann, was Schönes und Bannendes und Köstliches in ihm ist – wo er tatsächlich die wahre Lust und die wahre Freude am Leben entbehrt.

Nun, nichts sollte einen Menschen schädigen können, es sei denn er selbst. Nichts überhaupt sollte einen Menschen ärmer machen können. Was in ihm ist, das hat der Mensch wirklich. Was draußen ist, sollte ohne Bedeutung sein. Nach der Abschaffung des Privateigentums werden wir also den wahren, schönen, gesunden Individualismus

haben. Niemand wird sein Leben damit vergeuden, dass er Sachen und Sachwerte anhäuft. Man wird leben. Leben – es gibt nichts selteneres in der Welt. Die meisten Leute existieren, weiter nichts. Es ist die Frage, ob wir jemals eine Persönlichkeit sich völlig haben ausleben sehen, es sei denn in der Phantasiesphäre der Kunst.“

Erst im Sozialismus, in dem die Gesellschaft die Fähigkeiten eines/r jeden braucht, um sie zum Wohle aller für die Gesellschaft einzusetzen, kann es gleiche Möglichkeiten für alle geben. Jede/r hat den gleichen Zugang zu Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten und die Möglichkeit, seine/ihre Fähigkeiten optimal zu fördern und so für sich ein erfüllteres Leben zu haben. Im Kapitalismus wird die Verschiedenheit von Menschen ignoriert, alle müssen sich gleich an die Zwänge des Systems anpassen: in der Schule und im Job. Wenn jemand bei etwas langsamer ist oder sich schwerer tut, dann wird man schnell zum Menschen zweiter Klasse, ist nicht vollwertig, sondern „behindert“. In einer sozialistischen Gesellschaft aber ist Raum für diese Verschiedenheiten, weil die Bedürfnisse der Menschen und nicht Profite der Dreh- und Angelpunkt sind.

Für die Gesellschaft bringt das den größtmöglichen Vorteil. KeinE echteR SozialistIn würde jemals auf die Idee kommen, alle gleich machen zu wollen. Das wäre unsinnig, da der Sozialismus auf Vielfalt der menschlichen Ideen und Fähigkeiten aufbaut. Es wäre unmöglich, eine lebendige Demokratie aufzubauen, wenn alle Menschen gleichgeschaltet wären. Aber damit die Demokratie leben kann, muss es gleiche Chancen für alle geben.

Sozialismus ist Enteignung

Ja und Nein, Sozialismus bedeutet das Ende des Privateigentums an Produktionsmitteln, also an großen Fabriken und Unternehmen von einigen wenigen (und nicht an Fernsehern, Autos und DVD-Sammlungen). Sozialismus bedeutet auch, dass die Masse der Bevölkerung endlich das erhält, was sie erarbeitet (hat) – sie erhält erstmals in der Menschheitsgeschichte die ganzen Früchte ihrer Arbeit.

Schon 1848 haben Marx und Engels das im Kommunistischen Manifest genau erklärt: *“Man hat uns Kommunisten vorgeworfen, wir wollten das persönlich erworbene, selbsterarbeitete Eigentum abschaffen; das Eigentum, welches die Grundlage aller persönlichen Freiheit, Tätigkeit und Selbständigkeit bilde. (...) Schafft aber die Lohnarbeit, die Arbeit des Proletariats ihm Eigentum? Keineswegs. Sie schafft das Kapital, d.h. das Eigentum, welches die Lohnarbeit ausbeutet, welches sich nur unter der Bedingung vermehren kann, dass es neue Lohnarbeit erzeugt, um sie von neuem auszubeuten. (...) Das Kapital ist ein gemeinschaftliches Produkt und kann nur durch eine gemeinsame Tätigkeit vieler Mitglieder, ja in letzter Instanz nur durch die gemeinsame Tätigkeit aller Mitglieder der Gesellschaft in Bewegung gesetzt werden. Das Kapital ist also keine persönliche, es ist eine gesellschaftliche Macht. Wenn also das Kapital in gemeinschaftliches, allen Mitgliedern der Gesellschaft angehöriges Eigentum verwandelt wird, so verwandelt sich nicht persönliches Eigentum in gesellschaftliches. Nur der ge-*

34 Zu schlecht für den Sozialismus?

sellschaftliche Charakter des Eigentums verwandelt sich. Er verliert seinen Klassencharakter. (...) In der bürgerlichen Gesellschaft ist das Kapital selbständig und persönlich, während das tätige Individuum unselbständig und unpersönlich ist. Und die Aufhebung dieses Verhältnisses nennt die Bourgeoisie Aufhebung der Persönlichkeit und Freiheit! Und mit Recht. Es handelt sich allerdings um die Aufhebung der Bourgeois-Persönlichkeit, -Selbständigkeit und -Freiheit. (...)

Ihr entsetzt euch darüber, dass wir das Privateigentum aufheben wollen. Aber in eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für neun Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben; es existiert gerade dadurch, dass es für neun Zehntel nicht existiert. Ihr werft uns also vor, dass wir ein Eigentum aufheben wollen, welches die Eigentumslosigkeit der ungeheuren Mehrzahl der Gesellschaft als notwendige Bedingung voraussetzt.

Ihr werft uns mit einem Worte vor, dass wir euer Eigentum aufheben wollen. Allerdings, das wollen wir.

Von dem Augenblick an, wo die Arbeit nicht mehr in Kapital, Geld, Grundrente, kurz, in eine monopolisierbare gesellschaftliche Macht verwandelt werden kann, d.h. von dem Augenblick, wo das persönliche Eigentum nicht mehr in bürgerliches umschlagen kann, von dem Augenblick an erklärt ihr, die Person sei aufgehoben. Ihr gesteht also, dass ihr unter der Person niemanden anders versteht als den Bourgeois, den bürgerlichen Eigentümer. Und diese Person soll allerdings aufgehoben werden. Der Kommunismus nimmt keinem die Macht, sich gesellschaftliche Produkte anzueignen, er nimmt nur die Macht, sich durch diese Aneignung fremde Arbeit zu unterjochen. Man hat eingewendet, mit der Aufhebung des Privateigentums werde alle Tätigkeit aufhören und eine allgemeine Faulheit einreißen. Hiernach müsste die bürgerliche Gesellschaft längst an der Trägheit zugrunde gegangen sein, denn die in ihr arbeiten, erwerben nicht, und die in ihr erwerben, arbeiten nicht. (Gemeint ist, dass die Kapitalistenklasse von der Arbeit der ArbeiterInnenklasse lebt, Anm.) Das ganze Bedenken läuft auf die Tautologie hinaus, dass es keine Lohnarbeit mehr gibt, sobald es kein Kapital mehr gibt.“

Frage 9: Rassismus und Sexismus

„Frauenunterdrückung und Rassismus hat es schon vor dem Kapitalismus gegeben und wird es auch nachher geben.“

Die Spaltung innerhalb der unterdrückten Klasse durch die spezielle Diskriminierung einzelner Teile und die Verteilung von Privilegien an andere Teile, ist so alt wie die Klassengesellschaften selbst. Vor der Entstehung von Privateigentum waren alle Menschen gleichberechtigt. Die erste Form dieser Spaltung – die Unterdrückung von Frauen – entstand direkt mit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Im Laufe der Geschichte kamen andere Formen der Diskriminierung hinzu: Religiöse Diskriminierung und Verfolgung eignete sich im Mittelalter nicht nur zur Begründung für Kriege, sondern auch zur Bekämpfung des „inneren Feindes“. So wurden blutige Pogrome gegen JüdInnen regelmäßig von den Herrschenden als Ventil für gesellschaftliche Spannungen eingesetzt. Die pseudowissenschaftliche Begründung der „Ungleichheit der Rassen“ – der Rassismus – wurde im 19. Jahrhundert entwickelt, um die koloniale Ausbeutung zu rechtfertigen. Der „moderne“, „rassisch“ begründete Antisemitismus entstand zur selben Zeit und knüpfte an das mittelalterliche Bild vom Juden als Fremdkörper in der Gesellschaft mit neuen, extremen Begriffen und Konsequenzen an.

Politisch wurden Frauenunterdrückung, Homo- und Transphobie, Antisemitismus und Rassismus gleichermaßen seit damals auch als Waffe gegen die sozialistische Bewegung eingesetzt, die versuchte, die Spaltung der ArbeiterInnenklasse anhand geschlechtsspezifischer und rassistischer Linien zu bekämpfen. SozialistInnen haben die Aufgabe, diese Mechanismen zu erkennen und sie auf allen Ebenen zu bekämpfen.

Frauen sind im Kapitalismus benachteiligt, sie leisten weltweit den größten Teil der Arbeit, erhalten aber nur einen Bruchteil des Reichtums. Zu der Ausbeutung, der alle ArbeiterInnen in einer Klassengesellschaft ausgesetzt sind, kommt noch die Ausbeutung als Frau hinzu. Frauen sind am Arbeitsmarkt benachteiligt und zusätzlich durch ihre Rolle in der Familie doppelt und dreifach belastet. Damit nicht genug, sind viele Frauen Sexismus und Gewalt ausgesetzt. Die Frauenunterdrückung ist weder Randerscheinung noch Irrtum, sondern ein integraler Bestandteil von Klassengesellschaften. Sie ist notwendig für die billige Reproduktion der ArbeiterInnenklasse, um die Profitrate hochzuhalten. Stellen wir uns vor, wie es die Profite der KapitalistInnen schmälern würde, wenn sie für die – heute unbezahlte – Haus-, Pflege- und Erziehungsarbeit bezahlen müssten! Nicht zufällig werden reaktionäre Frauenbilder in Zeiten sinkender Profitraten wieder herausgekramt. Frauenunterdrückung ist auch als Spaltungsinstrument notwendig für die Machterhaltung der KapitalistInnen. Wenn ein Arbeiter „seine“ Frauen schlägt, dann setzt er bürgerliche Ideologie in die Praxis um und richtet seine Wut nicht gegen seine GegnerInnen – die

36 Zu schlecht für den Sozialismus?

KapitalistInnen, die ihn entlassen haben, ihm einen schlechten Lohn zahlen, ... - sondern gegen die Frau, die eigentlich seine Verbündete im Kampf gegen den Kapitalismus ist.

Ein weiteres Spaltungsinstrument ist der Rassismus. MigrantInnen werden Grundrechte verweigert, nur weil sie nicht die passende StaatsbürgerInnenschaft haben. Und selbst wenn sie diese erlangen, bleiben sie für viele immer noch Menschen zweiter Klasse. Auch von dieser Spaltung profitieren die KapitalistInnen. Werden MigrantInnen in die Illegalität gedrängt, können sie sich weit schwerer gegen die Ausbeutungsversuche von Unternehmen und VermieterInnen wehren. Wenn es eine rechtlose Gruppe gibt, die für Hungerlöhne arbeiten muss, wird für die KapitalistInnen letztlich die Arbeit aller billiger, weil die Löhne werden gedrückt. Das schadet der gesamten ArbeiterInnenklasse, auch den „InländerInnen“. Daher ist Solidarität innerhalb der Klasse eine Notwendigkeit und keine moralische Vorgabe. Dies unterscheidet sozialistischen Antirassismus vom moralischen. Letzterer kann den Menschen keine Antwort geben, die von Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit betroffen sind und denen von den Rechten eingedet wird, MigrantInnen seien daran schuld.

Rassismus findet auf verschiedenen Ebenen statt: durch Nazis, die auf der Straße prügeln, durch PolitikerInnen, die im Parlament Abschiebe-Gesetze machen, oder jene Polizei, die diese Gesetze ausführt. In Europa wurde das Asylrecht sehr weit eingeschränkt. Verfolgung, Krieg und Elend sind für die bürgerliche Politik keine Gründe, um Menschen Schutz zu gewähren. Sogar asylsuchende Jugendliche werden in Gefängnisse gesteckt und brutal abgeschoben. MigrantInnen, die hier bleiben, sind mit ständigen rassistischen Polizeikontrollen konfrontiert, haben nur beschränkte Rechte am Arbeitsmarkt und haben als Asyl(be)werberInnen nicht einmal Bewegungsfreiheit.

Die Gewerkschaftsführung hat bisher im Kampf für die Rechte von ausländischen KollegInnen versagt. Anstatt den gemeinsamen Kampf aller ArbeiterInnen gegen Rassismus und Sozialabbau zu organisieren, hören wir auch von der Gewerkschaftsführung Aussagen für eine „Ausländerquote“ auf dem Arbeitsmarkt, die dem Vorurteil Nahrung liefern, AusländerInnen seien für Arbeitslosigkeit verantwortlich. Genauso sind Frauen, obwohl sie in allen Kämpfen für Verbesserungen der ArbeiterInnenklasse eine wichtige Rolle gespielt haben, in den ArbeiterInnenorganisationen und besonders in ihren Führungen unterrepräsentiert. Auch hier ist der politische Kampf gegen die bürgerliche sexistische Ideologie in der eigenen Klasse notwendig.

Insbesondere junge Frauen stehen bei vielen Bewegungen der letzten Jahre in der ersten Reihe. Und MigrantInnen der zweiten und dritten Generation treten zunehmend offen für ihre Rechte ein. Hier hat ein enormer Politisierungsprozess stattgefunden. Frauenunterdrückung und Rassismus sind zentrale Fragen der ArbeiterInnenbewegung und Teil des Kampfes für Sozialismus. Es ist kein Kampf „Frauen gegen Männer“ oder „In- gegen AusländerInnen“ sondern ein Kampf „ArbeiterInnen gegen KapitalistInnen“. Jede Verbesserung für Frauen und MigrantInnen ist - ebenso wie jede andere Reform im Kapitalismus - begrüßenswert

und der Kampf dafür wird von SozialistInnen unterstützt. Frauenunterdrückung bzw. Rassismus vollständig beseitigen können weder Frauen bzw. MigrantInnen allein, noch ist dies im Rahmen einer Klassengesellschaft möglich. Deshalb sind der Kampf für Frauenbefreiung und gleiche Rechte sowie der Kampf für Sozialismus untrennbar verbunden.

Mit Abschaffung des Kapitalismus werden Frauenunterdrückung und Rassismus keineswegs automatisch verschwinden. Aber erstmals werden die Grundlagen dafür existieren, beides zu beseitigen. Durch die Abschaffung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln und durch die Abschaffung der Herrschaft einer Minderheit über eine Mehrheit fällt die Notwendigkeit für eine Spaltung der ArbeiterInnenklasse weg. Durch die Vergesellschaftung der unbezahlten Hausarbeit und das Recht auf einen anständig bezahlten Arbeitsplatz, wird der Ehe und Familie als Unterdrückungsinstrument die materielle Grundlage entzogen. Die Gesellschaft hat für ausreichende Kinderbetreuung, kommunale Wäschereien, Alten- und Krankenbetreuung zu sorgen und diese nicht, wie es der neoliberalen Ideologie entspricht, zu privatisieren. Im Gegensatz zum Kapitalismus wird es dadurch für Frauen tatsächlich möglich, den eigenen Lebensstil, frei von materieller Not, selbst zu bestimmen. Keine Frau muss bei "ihrem" Mann bleiben, weil sie es sich nicht leisten kann, allein zu leben. Und keinE MigrantIn kann als LohndruckerIn eingesetzt werden, weil es keine Illegalität und keine Schikanen für MigrantInnen mehr gibt. Die Geschlechterrollen und der Rassismus, die Jahrhunderte lang in die Köpfe der Menschen eingepflanzt worden sind, sind damit aber nicht automatisch verschwunden. Aber durch die Erfahrungen im gemeinsamen Kampf – denn Sozialismus kann nur gemeinsam von ArbeiterInnen und Jugendlichen beider Geschlechter und verschiedener Nationalitäten und Hautfarben erkämpft werden – werden bereits viele Vorurteile abgebaut. Das erleben wir auch schon heute in Bewegungen, wo Männer überrascht sind, wie „ihre“ Frauen plötzlich eine wichtige Rolle im Kampf spielen oder migrantische KollegInnen zu wichtigen BündnispartnerInnen werden. Beim Tekel-Streik 2010 in der Türkei war der Zusammenhalt vonKurdInnen, TürkInnen, LarsInnen und TscherkesInnen, sowie von religiösen und nichtreligiösen ArbeiterInnen beeindruckend. Die ArbeiterInnen organisierten u.a. für 77 Tage gemeinsam eine Zeltstadt in Ankara gegen die Pläne der Erdogan-Regierung. Es wurde viel diskutiert und gemeinsam gekämpft und dabei hat sich das Bewusstsein entwickelt und v.a. auch die Sichtweise auf andere ArbeiterInnen einerseits und das Regime Erdogan andererseits verändert. Der Film „Pride“ beschreibt, wie Schwule und Lesben den Britischen Bergarbeiterstreik unterstützten und zuerst gegen Homophobie der Bergleute ankämpfen mussten. Doch im Zuge des Kampfes änderte sich auch hier das Bewusstsein und die Bergleute unterstützten dann ihrerseits die LGBTQ-Community.

In einer sozialistischen Gesellschaft wird es aber neben der Garantie gleicher Möglichkeiten und Chancen und des Endes der Abhängigkeit eines Menschen von einem anderen, auch Bewusstseinsarbeit geben müssen, um die Reste der alten Klassengesellschaft – und dazu gehören Frauenunterdrückung und Rassismus – aus den Köpfen zu beseitigen.

Frage 10: Warum kompliziert, wenn es einfach auch geht!

„Der Mensch geht immer den Weg des geringsten Widerstandes – Eurer ist viel zu mühsam, sonst gäbe es ja schon längst Sozialismus.“

Der Kampf für die Verbesserung der Lebensverhältnisse ist so alt wie die Menschheit selbst. Der Mensch kann als Individuum auf sich allein gestellt nicht überleben. Er ist ein gesellschaftliches Wesen. Von der Urgesellschaft, über alle Klassengesellschaften (Sklaverei, Feudalismus und Kapitalismus) war der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ausschlaggebend für den Übergang von einer historischen Stufe zur nächsten. Seit der Aneignung von Produktionsmitteln durch eine Minderheit der Gesellschaft teilt sich die Menschheit in eine AusbeuterInnenklasse und eine ausgebeutete Klasse. Die Geschichte der Menschheit ist seither die Geschichte von Klassenkämpfen. Dieser Kampf war gekennzeichnet von Aufständen der SklavInnen des Altertums, von großen Bauern/Bäuerinnen-Kriegen im Mittelalter, von bürgerlichen Revolutionen gegen den Adel in der Neuzeit. Die enorme Entwicklung der Produktivkraft im Kapitalismus hob die Menschheit erstmals in ihrer Geschichte auf die Stufe der Überflussproduktion und schuf damit die materiellen Voraussetzungen bzw. die Notwendigkeit der Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Aber im Kapitalismus wurde diese Ausbeutung nicht abgeschafft, sondern im Gegenteil perfektioniert. Wie schon davor gibt es auch im Kapitalismus Klassenkämpfe. Das reicht vom Aufstand der schlesischen WeberInnen 1844 über die Pariser Kommune 1871, der Oktober-Revolution in Russland 1917 bis zu den griechischen Generalstreiks, dem arabischen Frühling und der Massenbewegung gegen Trump. Die ArbeiterInnenklasse hat sich in Gewerkschaften und Parteien organisiert, um für eine Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen, aber auch für den Sturz des Kapitalismus zu kämpfen. Aber trotz vieler Streiks, Aufstände und Revolutionen gibt es heute nirgends auf der Welt Sozialismus.

Leo Trotzki hat es 1938 im Übergangsprogramm so formuliert: *“Alles Gerede, dass die geschichtlichen Bedingungen noch ‚nicht reif‘ seien für den Sozialismus, ist ein Erzeugnis von Unwissenheit oder bewusstem Betrug. Die objektiven Voraussetzungen für die proletarische Revolution sind nicht nur ‚reif‘, sondern beginnen bereits zu verfaulen. Ohne eine sozialistische Revolution, und zwar in der nächsten geschichtlichen Periode, droht der gesamten menschlichen Kultur eine Katastrophe. Alles hängt nunmehr vom Proletariat ab, das heißt vor allem von seiner revolutionären Vorhut. Die geschichtliche Krise der Menschheit läuft auf die Krise der revolutionären Führung hinaus.“*

Die von Trotzki genannte Katastrophe trat mit dem 2. Weltkrieg ein. Seither gab es eine Reihe weiterer Möglichkeiten, den Kapitalismus zu stürzen. Wie schon in

der Vergangenheit scheiterten diese, weil die Führung der ArbeiterInnenklasse nicht bereit war, den letzten entscheidenden Schritt zu gehen und lieber auf Zusammenarbeit mit dem Kapital setzte. Beispiele dafür sind u.a. die Revolution in Portugal, die linke Regierung Allende in Chile, Frankreich 1968, Indonesien in den 60er Jahren.... Hunderttausende Menschen kämpfen für eine bessere Welt, aber ihre reformistischen Führungen machten schreckliche Fehler – und viele mussten das mit ihrem Leben bezahlen (der Putsch Pinochets in Chile, der Putsch Suhartos in Indonesien).

Der Sturz des Kapitalismus ist notwendig, damit die Menschheit eine Zukunft hat – sonst bedeutet das immer mehr Kriege, die immer dramatischeren Auswirkungen des Klimawandels, Seuchen, Flucht, Diktaturen etc. Leicht ist der Weg nicht. Rechte PopulistInnen erhalten bei Wahlen Stimmen, weil sie sich häufig als einzige Alternative zum verhassten Establishment präsentieren. Sie bieten einfache Antworten zur Lösung der Probleme, z.B. “Die Ausländer sind schuld”. Aber wie die Regierungsarbeit dieser Parteien, z.B. der rechtsextremen FPÖ, zeigt, unterscheidet sich ihre Politik nicht wirklich, betreiben sie insbesondere denselben Neoliberalismus.

Die Stärke dieses Rechtspopulismus’ ist die Schwäche der Linken. Daher ist der Wiederaufbau der ArbeiterInnenbewegung und einer sozialistischen ArbeiterInnenpartei von zentraler Bedeutung. SozialistInnen beteiligen sich an allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, an den “kleinen” gegen Arbeitsplatzabbau, ebenso wie an “großen” für nationale Befreiung z.B. in Palästina und gegen den globalen Kapitalismus. In diesen Kämpfen unterstützen wir jede noch so kleine Verbesserung, weisen aber gleichzeitig auf die Notwendigkeit einer Gesellschaftsveränderung hin. Im Zuge des Kampfes wird es deutlich, dass die UnternehmerInnen keine BündnispartnerInnen sind, sondern zwischen ArbeiterInnen und KapitalistInnen unüberbrückbare Gegensätze bestehen.

Der einfache Weg, den Kapitalismus zu reformieren, wird von der ArbeiterInnenklasse ausprobiert, aber der Widerstand der KapitalistInnen macht früher oder später deutlich, dass der einfache Weg eine Sackgasse ist. Nach der x-ten Resolution oder Unterschriftenaktion für „mehr Gerechtigkeit“ und „Fairness“ machen die AktivistInnen zunehmend die Erfahrung, dass ihre Appelle und guten Argumente ignoriert oder auch mit brutaler Gewalt erwidert werden. Die ArbeiterInnen sehen sich gleichzeitig mit Rekordgewinnen der Unternehmen und sinkenden Löhnen konfrontiert. Wir sollen für eine Krise zahlen, die wir nicht verursacht haben, während die Reichen immer reicher werden. In Griechenland hatte die Regierung Tsipras geglaubt, die Vertreter der kapitalistischen EU durch gute Argumente von ihrem brutalen Kürzungsprogramm abbringen zu können. Doch die Forderungen der Troika hatten nicht nur wirtschaftliche Gründe (wie Privatisierungen, von denen KapitalistInnen aus anderen Staaten profitierten), sondern auch politische: Griechenland musste gebrochen werden, damit Bewegungen in anderen Ländern (Spanien, Portugal etc.) sich kein Beispiel daran nehmen würden. Tsipras und seine Syriza hatten den Kapitalismus nicht in Frage gestellt. Sie hatten sich nicht geweigert, die

40 Zu schlecht für den Sozialismus?

Schulden bei den großen Banken zurück zu zahlen (die ja nicht die griechischen ArbeiterInnen gemacht hatten!). Der Weg von Tsipras, der nicht „radikal“ war, hatte nicht funktioniert, weil das Kapital dafür weder wirtschaftlich noch politisch Spielräume hatte. Das Ergebnis war noch mehr Abhängigkeit von Griechenland und noch härtere Kürzungen.

Die Aufstände und Revolutionen der Vergangenheit sind am Fehlen oder Versagen der Führung gescheitert. SLP (Österreich) und SAV (Deutschland) sind Mitglied im Komitee für eine ArbeiterInneninternationale CWI, mit Sektionen und Gruppen auf allen Kontinenten. Unser Ziel ist der Aufbau einer sozialistischen Weltpartei zum Kampf gegen den Kapitalismus und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft. Aber in den letzten Jahrzehnten hat die ArbeiterInnenbewegung eben wegen des Fehlens dieser Führung auch insgesamt eine Schwächung hinnehmen müssen. Es sind Illusionen in den Kapitalismus bzw. eine Perspektivlosigkeit entstanden, die den Kampf für die Verbreitung sozialistischer Ideen wieder notwendig machen. In vielen Ländern steht die ArbeiterInnenklasse nach der Verbürgerlichung der Sozialdemokratie ohne eine Klassenpartei da. Neue ArbeiterInnenparteien müssen aufgebaut werden. RevolutionärInnen sehen sich daher einer doppelten Aufgabe gegenüber – dem Wiederaufbau der ArbeiterInnenbewegung an sich und dem Aufbau der revolutionären Führung.

Es werden in der Zukunft wieder revolutionäre Situationen kommen – ob wir dann den Kapitalismus endgültig stürzen können hängt auch von Dir ab! Denn nicht der Mensch ist zu schlecht für den Sozialismus, sondern der Kapitalismus ist zu schlecht für den Menschen!

Wer wir sind – werde mit uns gemeinsam aktiv!

Die Sozialistische LinksPartei SLP ist eine junge, aktive und kämpferische Partei. Die SLP wurde Anfang 2000 als Nachfolgeorganisation der Sozialistischen Offensive Vorwärts (SOV) im Widerstand gegen Sozialabbau und Rassismus gegründet. Unsere Organisation ist jung doch wir können auf viele Jahre von Kampf gegen Sozial- und Bildungsabbau, Rassismus und FPÖ, für Frauenrechte und aktive internationale Solidarität zurückblicken. Wir geben seit 1983 die ab 1995 monatlich erscheinende Zeitung Vorwärts heraus. Wir stehen als aktiver Teil innerhalb der Gewerkschaft für einen demokratischen und kämpferischen ÖGB und gegen die Abhängigkeit von der SPÖ.

Für uns ist das Problem nicht nur die eine oder andere Regierung und ihre Kürzungen, sondern wir sehen die Wurzel der Übel im kapitalistischen System selbst. Dieses System bringt Not, Massenarbeitslosigkeit, Rassismus und Krieg – überall auf der Welt. Deshalb kämpfen wir für eine internationale Systemalternative. Unser Ziel ist eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ der Vergangenheit hatten mit Sozialismus nichts zu tun. Nur eine solche, demokratisch geplante Wirtschaft und Gesellschaft kann Frieden und Entwicklung zugunsten der ganzen Menschheit sichern.

Die SPÖ ist schon längst keine Partei mehr für ArbeiterInnen und Jugendliche, und auch die Grünen haben sich von ihren kämpferischen und alternativen Traditionen verabschiedet. Die SLP unterstützt daher auch den Aufbau einer neuen, sozialistischen ArbeiterInnenpartei. Eine solche Partei zu verankern ist nicht nur nötig, sondern auch möglich. Die SLP ist diese neue Partei nicht, aber wir werden uns dafür einsetzen, dass diese kämpferisch, demokratisch und mit einem sozialistischen Programm ausgestattet ist.


Die SLP selbst ist eine Partei ganz anders, als die anderen. Wir haben keinen großen Apparat, nicht viel Geld und keine Hintermänner. Wir haben keine Privilegien zu vergeben. Wir sind unabhängig vom Establishment, den bürgerlichen Parteien, Konzernen etc.. Wir sind keine KarrieristInnen; FunktionärInnen auf allen Ebenen beziehen maximal einen Durchschnittslohn. Die Arbeit der SLP steht und fällt mit der Aktivität und der Überzeugung unserer Mitglieder und UnterstützerInnen. Wir verstehen uns auch als Ansatzpunkt für den Aufbau einer neuen internationalen ArbeiterInnenbewegung. Wir sind Teil des „Komitees für eine ArbeiterInnen Internationale“ (CWI/KAI), dem Organisationen und Parteien in rund 50 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir verstehen uns als Fortsetzung der besten und kämpferisch-

42 Zu schlecht für den Sozialismus?

ten Traditionen der österreichischen und internationalen ArbeiterInnenbewegung der letzten 150 Jahre.

Mitglied werden kann, wer mit den Ideen der SLP/CWI grundsätzlich übereinstimmt und sich aktiv an der Arbeit der Partei beteiligt. Es ist selbstverständlich, dass in der SLP Rassismus und Sexismus nichts verloren haben. Wir stehen für die Einheit der ArbeiterInnenklasse!

Wenn Sie/Du Interesse an einem näheren Kennenlernen der SLP, einem Abonnement des „Vorwärts“ oder einer Mitgliedschaft haben/hast, dann kontaktieren Sie/Du uns bitte unter:

: **(+43) 01/524 63 10**

: **slp@slp.at**

 : **slp/cwi**